

Bezugpreis:
Wöchentlich 85 Goldplennig vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Ostpreußen, Litauen, Kurland wöchentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erhaltungen nur gegen wertbehaltende Zahlung. Bestellungen sind für Februar 4.— Goldmark

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Erd- und Raumkarte“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 9. Februar 1924

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Dönhofsstr. 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierleistung 0,70 Goldmark, Reklamstelle 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (ausführlich zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Einmalige Anzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt nach 4,24.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Dönhofsstr. 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Kahr über dem Gesetz.

Die Schrift Prof. Rothenbüchers beschlagnahmt. — Sturm im Landtag.

München, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Mittelpunkt der Landtagsverhandlungen am Freitag stand die am Vormittage erfolgte Beschlagnahme der Broschüre des Professors Rothenbücher durch die Polizei auf Anordnung des Generalstaatskommissars. Der demokratische Abg. Dr. Müller (Nrat am Obersten Landesgericht) erhob aus diesem Anlaß die schwersten Vorwürfe gegen die bayerische Justiz und den Minister des Innern, der die direkte Verantwortung für diese neueste Heldentat des Herrn v. Kahr trage. „Die Broschüre“, so sagte Dr. Müller, „enthält keine strafbare Handlung. Wenn sich Kahr aber beleidigt fühlt durch den Vorwurf, daß er seine Eidspflicht als Beamter verletzt habe, so soll er Strafantrag stellen und Klage einleiten lassen. Wenn er das nicht tut, so zeigt er nur sein schlechtes Gewissen. Es wird nicht eher Ruhe in Bayern geben, bis die Anklage auch gegen die Herren v. Kahr, Lössow und Seißer erhoben wird. Die Stellung Kahrs ist unhaltbar geworden. Sein Zusammenbruch wird das Debakel des Staates Bayern herbeiführen. Es ist heute noch die zwölfte Stunde, den Staat Bayern vor der größten Erschütterung zu bewahren, die er in den letzten Jahren überhaupt erlebt hat. Es kann jetzt nur noch eins geben: Weg mit dem Generalstaatskommissar, damit wir endlich wieder eine reinliche Verwaltung bekommen, die uns die Achtung wiederbringen kann.“ Der Minister des Innern als der zuständige Polizeiminister erwiderte lediglich, daß die Beschlagnahme der Broschüre wegen Beleidigung der bayerischen Staatsanwaltschaften erfolgt sei und daß sich das Gesamtministerium mit der Angelegenheit befaßt. Auf diese vollkommen ungenügende Auskunft des Ministers erhob sich ein Sturm der Oppositionsparteien. Als dann überdies noch ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelte (es standen nun wichtige Abstimmungen bevor), steigerte sich die Erregung der Oppositionsparteien zu einem wahren Tumult der Entrüstung, insbesondere gegen die Bayerische Volkspartei, die offenbar absichtlich der Sitzung ferngeblieben war, um die Beschlußfähigkeit herbeizuführen. In dem Tumult ergriff der Präsident, der der Bayerischen Volkspartei angehört, zu dem Mittel, die Sitzung kurzerhand auszuheben. Daraus ist eine neue Steigerung der Erregung, die um so berechtigter war, als die vereinigte

Opposition die Auflösung des Landtags für nächsten Dienstag vor sich aus in Aussicht genommen hatte, was die Bayerische Volkspartei im Interesse ihres Volksbegehrens verhindern will. Nachher fanden interfraktionelle Besprechungen statt, um den Birtwort des jetzigen Augenblicks zu überwinden.

Die Schließung vereitelt.

Um 1/2 11 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen, wobei von der Fraktion der Bayerischen Volkspartei nur vier Mitglieder im Saal anwesend waren, obgleich bei der ersten Sitzung 35 Mitglieder dieser Fraktion sich im Hause befanden. Es entwickelte sich eine neue Geschäftsordnungsdebatte, in der alle Parteien der Opposition scharfe Abrechnung mit dem unehelichen, verlogenen Spiel der Bayerischen Volkspartei hielten, die unter Umgehung des Kleinsten Ausschusses die Vertagung des Landtages herbeiführen und damit die Auflösung des Landtages in der nächsten Woche verhindern wollte. Durch das geschlossene Auftreten der Opposition mußte die Bayerische Volkspartei davon absehen, ihre Ansicht restlos zu verwirklichen, so daß die nächste Sitzung für kommenden Donnerstag festgesetzt wurde.

Kahrs Abschiedsgeschenk.

München, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Trozdem kein Zweifel darüber besteht, daß die überwiegende Mehrheit der bayerischen Volks mit der Einrichtung des Generalstaatskommissariats und seinem heutigen Inhaber nicht mehr einverstanden ist und sein Rücktritt kaum mehr lange auf sich warten lassen dürfte, plant Herr v. Kahr, sein Volk noch mit einer außerordentlich bedeutsamen Einrichtung zu beglücken. Wie verlautet, arbeiten die „berühmten“ Sachverständigen im Generalstaatskommissariat an der Fertigstellung eines Geschenkwerkes, der demnächst dem Ministerium vorgelegt werden soll. Es handelt sich dabei um die allgemeine Einführung der Arbeitspflicht für Bayern, die für Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren ein Jahr und für Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren ein halbes Jahr betragen soll. Die Kosten für den Vollzug dieses Gesetzes werden als gering angesehen, da sie angeblich durch die infolge der Arbeitspflicht erhobene Entlohnung des Arbeitsmarktes kompensiert würde.

Internationale Arbeiterhilfe.

Was sie öffentlich sagt und was sie heimlich tut.

Mit diesem Geschick versucht die von dem Beauftragten der Exekutive der Kommunistischen Internationale, Willi Münzenberg, geleitete „Internationale Arbeiterhilfe“ das Interesse weiter Kreise zu erregen. Bekannte Sozialdemokraten, bürgerliche Intellektuelle haben sich trotz aller Warnungen in ihren Dienst gestellt. Für den, der den inneren Mechanismus, die Zusammenhänge und Methoden kommunistischer Organisation kennt, konnte es niemals zweifelhaft sein, daß diese scheinbare Wohlfahrtsorganisation ausgesprochen politische Zwecke verfolgt. Ihre besondere Nuance erhielt sie im Zusammenhang mit der Parole des Dritten Kommunistischen Weltkongresses: „Heran an die Rassen“. Unter dem Eindruck der offensichtlichen Niederlagen und Rückschläge und des — in der Sprache der Kommunisten — „verlangsamten Tempos der Weltrevolution“ entwickelte sich bei ihnen das Bedürfnis, Bindeglieder zwischen der kommunistischen Welt, zwischen Sowjetrußland und der bürgerlichen Welt zu schaffen. Die ersten Aktionen der Internationalen Arbeiterhilfe, ihre Sammlungen für das hungernde Rußland dienten ganz ausgesprochen dem Zweck, die menschlich verständliche und begreifliche Hilfsbereitschaft, namentlich weiter Arbeiterkreise, für die hungernden Millionenmassen in Rußland auszunutzen, um durch die Parole: „Hungerhilfe für Rußland!“ wieder Anknüpfungspunkte zu finden, Verbindungen zu schaffen, die agitatorisch und politisch ausgenutzt werden konnten. Die russische Regierung versteht es ausgezeichnet, auf tausend vielgestaltigen Wegen die öffentliche Meinung, die sie nicht wie in Rußland einfach durch Verbot der gegnerischen Presse nach ihrem Willen lenken kann, zu beeinflussen und für die offizielle sowjetrussische Außen- und Innenpolitik günstig zu stimmen. Die Internationale Arbeiterhilfe ist nichts anderes als ein Glied in der Kette dieser geschickten Operationen.

Solange die Kommunisten an sich begrüßenswerte Wohlfahrtsbestrebungen im eigenen Kreise betreiben, soll uns das recht sein. Wenn aber diese Arbeit anderen, nicht ausgesprochenen Zwecken dient, dann ist es um so mehr unsere Pflicht, die Öffentlichkeit vor Irreführungen zu warnen, als die sozialdemokratischen Organisationen in der Arbeiterwohlfahrt eigene Organe geschaffen haben. Ein uns von befreundeter Seite zur Verfügung gestelltes Protokoll über eine internationale Konferenz der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin enthält die Zusammenhänge der Münzenberg'schen Arbeit. Münzenberg, der diese Konferenz leitete, schloß sie mit den folgenden Worten:

„Ich zweifle nicht, daß wenn die einzelnen Komitees nur drei Monate lang gut zusammenarbeiten, daß wir dann einen guten Dienst der kommunistischen Internationale und einen guten Dienst Sowjetrußland geleistet haben.“

Knapp vor diesem Satze sagte er über eine Berliner Werbekonferenz der Internationalen Arbeiterhilfe:

„Es war eine Konferenz, wo die besten Erfolge errungen wurden auf einem Gebiete, wo wir in Zukunft unsere Arbeit steigern müssen und wo es uns gelingen muß, die nach Rußland drängenden Intellektuellen zu fesseln.“

„Es gilt, Verbindungen mit den Internationalen Gewerkschaftsverbänden auszunehmen, um von dort Geldmittel zu bekommen. — Vielleicht ist etwas von Internationalen Transportarbeiterverband, vielleicht auch vom Metallarbeiterverband zu erlangen (Zuruf: „Das hat keine Aussichten!“). Dann wenigstens von den linken Richtungen des Metallarbeiterverbandes.“

Auf dieser Konferenz wurde auch diskutiert über die Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit in Mittel- und Westeuropa durch Abwanderung nach Rußland Einhalt zu tun. Dagegen wandte sich der Schweizer Delegierte Siegrist mit den Worten:

„Wir haben absolut keine Ursache, den kapitalistischen Staaten Westeuropas ihre Arbeitslosigkeit abzunehmen. Mit dieser Auffassung erklärte sich der Kongreß einverstanden.“

Man sieht hieraus, wie aus dem ganzen Verlauf des Kongresses, daß die Internationale Arbeiterhilfe eine von Rußland eingeflegte, für dieses Land arbeitende Gewerkschaftsbeamte, Sozialdemokraten und Intellektuelle in die Dienste Rußlands ziehende Organisation ist. Ebenso wie das Antifaschistenkomitee, bei dem Herr Münzenberg auch Geburtshilfe geleistet hat. So sagt der erwähnte Siegrist:

„Die Arbeit des Genossen Münzenberg ist für die Arbeiterhilfe unentbehrlich, und ebenso wirklich am richtigen Platze, wie es bei dem Faschistenkomitee der Fall sein würde. Wir müssen daher die Komintern (Zentralkomitee der dritten Internationale) erjüden, unsere Neuwahl des Genossen Münzenberg zu bestätigen und ihn auf seinem Platze als volle Arbeitskraft zu belassen. . . . Wir wollen durch Abstimmung zeigen, daß die erweiterte Exekutive ihr persönliches Vertrauen in die Arbeit des Genossen Münzenberg setzt. Ich hoffe, daß ein Schreiben, das wir morgen alle unterschreiben, von den Komintern berücksichtigt wird.“

Von großem Interesse ist in den Verhandlungen der immer wiederkehrende Refrain, daß es für die Internationale

Der „Landesverrat“ des „Vorwärts“.

Vor Nachahmung wird gewarnt.

Die Frankfurter „Volkstimme“ berichtet: Am Donnerstag um 9 Uhr 5 Minuten morgens telephonierte uns das Wehrkreiskommando Stuttgart: Die Redaktionen werden ersucht den bekannten „Vorwärts“-Artikel über den Hiltzputsch (Brief eines Teilnehmers), worin von größeren Waffensiegern die Rede ist, nicht zu bringen, da Gefahr des Landesverrats durch den Postus über Waffensünde besteht. Zudem ist der Artikel wahrscheinlich irreführend.

Der sogenannte „Artikel“ des „Vorwärts“ — es handelt sich um den bekannten Götze-Brief — war am Sonntag erschienen. Nach vier Tagen trampschaften Nachdenkens, und durch Münchener Rechtsbelehrung überzeugt, erweist das Wehrkreiskommando Stuttgart, daß Gefahr im Verzuge ist. Es warnt die seiner Obhut anvertrauten Blätter, den Brief nachzudrucken, weil Gefahr des Landesverrats bestehe.

Diese Warnung ist sinnlos. Die aberwichtige Konfession, daß man durch Wiedergabe einer schon veröffentlichten Nachricht — also durch Enthüllung eines Geheimnisses, das keines mehr ist — Landesverrat begehen könne, ist selbst vom Fechenbach-Gericht zurückgewiesen worden. Was Götze über die Münchener Vorgänge behauptet, hat das Ausland aus dem „Vorwärts“ erfahren, es braucht nicht mehr die Blätter des Wehrkreises Stuttgart dazu.

Der Mißbrauch, der mit dem Landesverrats-Paragraphen getrieben wird, wächst sich mehr und mehr zu einem europäischen Skandal aus. Er läuft geradezu auf einen Versuch hinaus, Verbrechen zu begünstigen und die Verteidiger der bestehenden Staatsordnung gegen gewalttätige Angreifer wehrlos zu machen. Die ganze Presse, soweit sie nicht im Sold des rechtsradikalen Umsturzes steht, sollte gegen eine solche Praxis den schärfsten Einspruch erheben!

Blinder Lärm in Paris.

Falsches Demissionsgerücht.

Paris, 8. Februar. (M.T.B.) In der Deputiertenkammer, die heute vormittag die Steuerberatung forschte, verheißte Poincaré, daß kein Staatsmonopol durch Dekretbeschluß abgeschafft wird. — Am Nachmittag berief die Kammer folgenden letzten Absatz des ersten Artikels: „Wenn die getroffenen Sparmaßnahmen Änderungen bestehender Gesetze notwendig machen, müssen die Erlasse nach 3 Monaten dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet werden.“

Abg. Klotz beantragte, daß die vorgesehene Sparmaßnahmen auf keine Weise das Marine- und das Heeresbudget betreffen dürfen. Klotz hält eine lange Rede

über die militärische Bereitschaft Frankreichs in den letzten Jahren vor dem Krieg. Im Verlauf der Diskussion gab es

lärmende Zwischenfälle.

über die Haas folgende Erklärung verbreitet:

Abg. Lamponnier protestierte lebhaft dagegen, daß die nationale Verteidigung im Jahre 1913 vollkommen unvorbereitet gewesen sei. Er wandte sich hauptsächlich an den Abg. Denis, den Schwager des verstorbenen radikalen Führers Pelletan, den er als denjenigen bezeichnete, der die französische Marine torpediert habe. Die Auseinandersetzungen entwickelten sich zu einem lebhaften Tumult, worauf der Präsident beantragte, die Debatte abzubrechen. Die Abgeordneten apostrophierten sich aber weiter und es kam zu lebhaften Szenen. Kein Redner konnte sich Gehör verschaffen, nur Poincaré war in der Lage, folgendes zu erklären: „Ich sehe die Abg. Lamponnier und Renaud im Namen des Vaterlandes an, diese Debatte zu beenden.“ Wenn sie andauere, werde er den Sitzungssaal verlassen. (Behäufert Beifall auf zahlreichen Bänken, heftige Erregung.) Die beiden Abgeordneten legten aber ihre Diskussion fort. Darauf geschah folgendes: Ministerpräsident

Poincaré erhob sich zum Zeichen des Protestes und verließ in Begleitung des Finanzministers den Saal.

Die Linke applaudierte. Auf der äußersten Linken wird gerufen: Auflösung! Demission! Der Kammer bemächtigt sich eine große Aufregung, so daß der Präsident um 4.10 Uhr die Sitzung unterbricht.

In den Wandelgängen entstand das Gerücht, Poincaré habe die Absicht fundegeben, seine Demission einzureichen. Nach einigen Minuten erfuhr man, daß die Sitzung wieder aufgenommen werde und Poincaré fortfahren werde, sich an der Debatte zu beteiligen.

Nachdem die Regierung zurückgekehrt war, bedauerte der Präsident den Zwischenfall und richtete an die Kammer die Bitte, sich zu mäßigen, da die Augen des ganzen Landes auf sie gerichtet seien.

Abg. Lamponnier verzichtete jedoch auf die Fortsetzung seiner Ausführungen. Abg. Klotz zieht seinen Antrag zurück, da ihn der Ministerpräsident beruhigt habe. Darauf wird der Schlußsatz des Artikels 1 mit 352 gegen 182 Stimmen angenommen.

Abg. Bocquin verlangt von der Regierung die Befestigung, daß die, die durch die Dekrete sich in ihren Interessen geschädigt fühlen, das Recht haben, sich an den Staatsrat zu wenden. Poincaré befragt das. Ein Amendement des Abg. Bocquin wird mit 329 gegen 232 Stimmen abgelehnt.

Artikel 1 wird schließlich mit 329 gegen 207 Stimmen angenommen.

Der Oldenburgische Landtag tritt am 19. Februar zu einer mehrwöchigen Tagung zusammen. Der wichtigste Beratungsgegenstand wird die immer noch offene Frage der Bildung einer neuen parlamentarischen Regierung sein. Gegenwärtig amtiert, wie erinnerlich, in Oldenburg ein vor mehreren Monaten eingefügtes Beamtenministerium.

Arbeiterhilfe gelte, „In gesteigertem Maße die nichtkom-
munistischen Gruppen an sich zu ziehen“. So
heißt es: „In Deutschland muß der Versuch gemacht werden,
nichtkommunistische Kreise zu einer aktiven Unter-
stützung zu finden.“ Weiter ist zu zitieren:

„Sie wissen, daß die Komintern, seitdem sie überzeugt sind, daß
der Gang der Revolution sich verlangsamte, unter der Parole der
Einheitsfront die Basis zu verbreitern sucht. Sie
erinnern sich der diesbezüglichen Verhandlungen. Und die I. A. S.
kann Schritte tun, die die politischen Parteien nicht tun
können. Hierin liegt die große politische Bedeutung und alle
Komitees sollen das absolet wissen. Um so mehr Ursache haben wir,
uns mit aller Gewalt dagegen zu wehren, daß wir nur eine kommuni-
stische Organisation sind. Wir müssen gerade jetzt andere Kräfte,
andere Gruppen heranziehen, um diese Verfolgung zu erschweren.
Weiter wichtig ist die Frage der „Klubs für das neue Ruhrland.“

Wir müssen auch selbst in die Klubs eintreten. Natürlich, das
wissen wir, daß wir manche Genossen der Berliner Or-
ganisation nicht hineinbringen werden. Man kann auch
Fischer und Masow nicht zumuten, solche Klubs zu gründen.
Wir (Münzenberg) persönlich sind die Hundertschaften auch lieber.
Run zu den Mitteln. Es wird nicht so sehr darauf ankommen,
in der kommunistischen Presse zu sagen, wie gut Ruhrland steht, es
sagt man darauf an, in die andere Presse zu bringen, in die
gewerkschaftliche Presse, in die bürgerliche Presse.“

Als einer der größten Erfolge der Internationalen Ar-
beiterhilfe für die Kommunisten wird bezeichnet, daß Film-
men in den Kreis der Internationalen Arbeiterhilfe gezogen
werden konnte.

Außerordentlich viel verspricht sich der Kongreß der
Internationalen Arbeiterhilfe für die Propaganda für den
Kommunismus von den Filmen. Da die Schweizer
Kommunisten die Filme von der Roten Armee abgelehnt
haben, so veranlaßt das Münzenberg, seinen Kongreß auf-
zufordern:

„Gegen die blödsinnige pazifistische Einstellung
der Arbeiterhilfe, wo nur irgendmöglich, anzukämpfen.“

Solcher Bitate und Beweise könnten wir noch eine ganze
Reihe bringen. So war eine der ersten Aktionen der I. A. S.,
die internationale Arbeiteranleihe für Sowjetrußland,
von Lenin persönlich angeregt und durchgedacht. Auch
sie sollte den politischen Zweck der Agitation für den Prole-
toriatstaat mit der wirtschaftlichen Stützungsaktion verbinden.
Alles dient den Kommunisten eben als taktisches Mit-
tel, an die „breiten Schichten“ des Proletariats heranzu-
kommen. Opportunisten von reinstem Wasser, die sie sind,
pflegen sie nicht lange Diskussionen darüber, ob solche tak-
tischen Manöver „prinzipiell zulässig“ sind, sie ver-
folgen ihre Zwecke mit allen Mitteln und mit anerkenntnis-
werter Geschicklichkeit.

Niemand wird etwas dagegen haben, daß die Kommu-
nisten auf ihre Art humanitären Zwecken zu dienen suchen,
trotzdem Humanität ein bei den Bolschewisten nicht
sonderlich geachteter Artikel ist. Wehren muß
man sich dagegen, daß sie humanitäre Ziele vorschleibend,
andere Kreise, die ihren politischen Methoden ablehnend gegen-
überstehen, vor ihren Wagen zu spannen suchen.

Der Parteiumschwung in Sachsen.

Chemnitz stellt die alten Kandidaten auf.

Chemnitz, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einer un-
gemein stark besuchten Versammlung nahm am Donnerstag die Chem-
nitzer Parteioffensive Stellung zur bevorstehenden Reichs-
tagswahl. Das einleitende Referat hatte der Genosse Weis
übernommen, der unter stürmischen Beifall die Politik der Reichs-
tagsfraktion rechtfertigte. Als Korrespondent trat ihm der Genosse
Ströbel gegenüber. Sodann sprachen noch der bisherige Abge-
ordnete des Kreises Genosse Stücken und die Genossen Long
Sender. Um 2 1/2 Uhr nachts kam die zeitweise sehr stürmisch
verlaufene Versammlung nach dem Schlußwort des Genossen Weis

zur Aufstellung der Reichstagskandidaten, die von der Organisation
Chemnitz-Stadt zu benennen waren. Für den Bezirksoorstand be-
tragte Weis die Erhebung der bisherigen Abgeordneten Stücken
und Frau Schilling durch die Genossen Ströbel, Long Sen-
der und den Genossen Kühnt. Der Kreisoorstand empfahl die
Aufstellung der bisherigen Abgeordneten Genossen Stücken,
Minna Schilling und Fellsch. Das Resultat der geheimen Ab-
stimmung ergab für Stücken 875, Minna Schilling 617
und Fellsch 709 Stimmen. Auf die Genossen Sender entfielen
noch 541 Stimmen, während die übrigen Kandidaten nur geringe
Stimmengähler auf sich vereinigten.

Spaltung im Zentrum.

Bochum, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Schon der Brief
Dr. Birchs an seinen Freund Joos hat bekanntlich in vorsichti-
ger Form angedeutet, daß im Zentrum die Meinungen über die
Zentrumspolitik nicht geklärt seien. Daß jedoch nicht nur Mei-
nungsverschiedenheiten, sondern sehr schwere grundsätzliche
Gegensätze vorhanden sind, ist dem Beobachter der Vorgänge in
der Hochburg des Zentrums, in Rheinland-Westfalen, längst
kein Geheimnis mehr. Die Anschauungen des Arbeiterflügels
kollidieren stark mit denen des Schwerindustriellen. Auch der Zen-
trumsarbeiter kann nicht verpassen, daß der Zentrumsführer Thys-
sen der erste gewesen ist, der in Form besonderer Denkschriften
die Beseitigung des Achtstundentages forderte und
daß bei den letzten Differenzen über die Arbeitszeit und die Löhne
im Bergbau und der Metallindustrie Zentrumsmitgliedern am wider-
haarigsten waren. Die ersten Auswirkungen in politischer Hin-
sicht sind die sich bemerkbar machenden Spaltungsstendenzen.
Der am weitesten linksstehende Arbeiterflügel des Zentrums ist
jetzt dazu übergegangen, sich auch offiziell durch eine neue Partei-
gründung von der Mutterpartei loszusagen. Die neue Partei, deren
erste Anfänge schon längere Zeit zurückliegen, heißt „Christlich-
sozialer Volksgemeinschaft“. In vielen Orten sind Mit-
glieder der Stadtverordnetenfraktion des Zentrums
und auch der Kreistage zu der neuen Partei übergetreten. Am
letzten Dienstag spaltete sich auch die Zentrumsfraktion der Stadt
Steele, wo von 18 Fraktionsmitgliedern 10 zur neuen Partei
gestoßen sind. Für Bochum-Dortmund ist die Herausgabe
einer Tageszeitung beabsichtigt, während in Düsseldorf
eine solche bereits erscheint. Ihre Stütze hat die neue Partei in den
christlichen Gewerkschaftsmitgliedern der Industrie-
städte, während auf dem Lande die Keimlinge Wähler und Handwerker
die Befolgung bilden. Besonders stark ist die ländliche Opposition
im Bezirk Paderborn, wo der Großgrundbesitz sich in den
Händen der Zentrumsgegner befindet. Bei den kommenden
Wahlen wird die neue Partei eigene Kandidaten aufstellen.

Wie Hasse regiert!

Weimar, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Militär-
befehlshaber in Thüringen General Hasse hat folgenden neuen
Erlaß herausgegeben:

„Auf Grund eines Sondererlasses hat das Reichswehrministerium
die Verordnung über das Verbot der Nationalsozialistischen und
Deutschvölkischen Freiheitspartei, der Kommunistischen Partei usw.
vom 20. November 1923 dahin erläutert, daß dieses Verbot nicht
nur die damals vorhandenen, sondern auch sämtliche etwa
neu entstandenen Organisationen dieser Parteien und
Organisationen umfaßt. Gegen alle Neugründungen der in der
Verordnung vom 20. November 1923 aufgeführten Parteien usw.
ist ausnahmslos und ohne weiteres auf Grund des er-
lassenen Verbots einzuschreiten. Als solche Neugründungen kommen,
soweit mir bekannt geworden, in Frage: Freie Turnerschaft,
Proletarische Freiendertgruppe, proletarische
Sängervereine, proletarische Jugendorganisa-
tionen usw. In jedem Falle, in dem bei einer derartigen Ver-
einigung ein Zusammenhang mit einer verbotenen Partei feststeht
oder ein dringender Verdacht dazu vorliegt, ist ein Verbot für
den betreffenden Verein unter Darlegung der Gründe hier zu be-
antworten. Eine etwaige Versammlung einer solchen Ver-

einigung ist von den Exekutivorganen ohne weiteres zu ver-
hindern.“

Während so der Militärbefehlshaber gegen Arbeiter-
organisationen jeder Art rücksichtslos einschreitet, dürfen sich
die rechtsradikalen Bünde unter dem Patronat der Reichs-
wehr immer weiter ausbauen. So gründeten in Weimar die Vater-
ländischen Verbände „Werwolf“, „Jungbo“, „Stahlhelm“,
„Sachsenhort“ und die Sturmtruppe Boffow (!) einen
nationalen Kleinakademiker-Schießklub, an dem ein
Reichswehrleutnant Bachelin den Schießunterricht erteilt. Diese
Organisation soll über ganz Thüringen verbreitet werden.

Fanhagel-Methoden.

Dresden, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadtver-
ordnetenversammlung am Donnerstag stand im Zeichen wüster Stan-
dallzügen. Bei der Beratung eines Antrags auf Entlassung eines
kommunistischen Stadtrats aus der Schupshof wurden Ständom-
ber in den Saal geworfen und die Sitzung durch einen
unglaublichen Tumult der Tribünenbesucher unterbrochen. Es wird
angenommen, daß sich die Störenfriede aus demselben nationa-
listischen Fanhagel zusammenschließen, der im Schauspielhaus
die „Hinkemann“-Ausführung gestört hat. Gestützt wird diese Be-
hauptung durch die Tatsache, daß sich die extreme Rechte
reichlich mit Tribünenarten versorgt habe und auf
der Tagesordnung auch zwei Anträge standen, die sich mit den
Standallzügen im Schauspielhaus anlässlich der „Hinkemann“-Auf-
führung beschäftigten. Es ist seit 19 Jahren das erste Mal, daß im
Dresdener Stadtverordnetenkollegium Sitzbomben geworfen
wurden.

Rundfunk und Schwerindustrie.

Ein neues Monopol für reaktionäre Blätter?

Die Schwerindustrie bereitet mit Hilfe gleichgesinnter amtlicher
Stellen einen großen pressepolitischen Schlag vor: Die Stinnesche
„DZ“ und der Hugenbergsche „Volk-Anzeiger“ haben beim Reichs-
postminister den Antrag eingereicht, daß ihnen die Konzession
auf Vermittlung ihres Nachrichtenmaterials an
ihre Abonnenten durch eigenen Rundfunk erteilt
werde. Sie benötigen hierzu die Erlaubnis der Reichspostverwaltung,
eine eigene Sendestation zu errichten, sowie die Konzession
für die Nachrichtenübermittlung. Beides soll ihnen nun dank dem
„verständnisvollen“ Entgegenkommen des zuständigen, stark rechts
gerichteten Staatssekretärs Bredow gewährt werden. Wie uns
versichert wird, steht die Genehmigung sogar unmittelbar bevor.

Damit soll nicht allein den beiden reaktionären Blättern ein be-
sonderer Vorteil zugunsten ihrer Bezahler und neue Anziehungskraft
beim Abonnentenpublikum gesichert, sondern darüber hinaus soll für
die kommenden Wahlen eine neue Möglichkeit geschaffen werden,
die Deffektivität in reaktionär-schwerindustriellem Sinne zu bear-
beiten — wenn nicht der berechtigte Einspruch der übrigen Presse
diesen Ueberfall in letzter Stunde vereitelt.

Debatte über Versailles!

London, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Paris wird
gemeldet, daß das französische Auswärtige Amt mit den Er-
klärungen der englischen Regierung bezüglich des durch Lloyd George
herausgerufenen Zwischenfalls befriedigt ist und die Angelegen-
heit damit als erledigt betrachtet.

London, 8. Februar. (M. B.) Blätternachrichten zufolge hat
Lloyd George heute dem Foreign Office die Wilson-Clemenceau-
Dokumente zur Verfügung gestellt, die er mit einem Schreiben be-
gleitet, worin er sein Bedauern über das Mißverständnis ausdrückt.

Der Wiedergabe der Erklärung Georges Clemenceau durch
M. B., die wir im gestrigen Abendblatt abdruckten, schloß der Schluß-
satz: „Man zeige mir doch meinen angeblichen Geheimvertrag mit
Wilson und dann will ich den Gesamtbetrag der Repara-
tionen bezahlen.“

Uns kann es schließlich recht sein, wenn der muntere Geis
das Höhenbild, das er den Franzosen zur Anbetung aufgeschichtet
hat, ins Lächerliche zieht; aber dem Hohepriester Poincaré?

Der blinde Passagier.

Von Arne Jensen.)

Der bekannte dänisch-amerikanische Journalist Emil Dpffer
pflügt folgende Geschichte über seine erste Begegnung mit
Woodrow Wilson zu erzählen:

In der ersten Zeit meines amerikanischen Aufenthaltes war
das Glück mir nicht günstig. Ich war schon zu alt, um all und jedes
versuchen zu können, und das Schicksal, was ja bekanntlich der
erste Schritt zum Reichtum in Amerika sein soll, lag mir nicht recht.
Ich ging umher und suchte nach irgendeiner Anstellung an einer
Zeitung, und manchmal wäre ich fast verhungert. Irgendwie glückte
es mir, ganz bis nach Denver City zu kommen, wo, wie ich gehört
hatte, eine Silbermine zu verkaufen war. Das hatte auch seine
Richtigkeit, aber der Besitzer wollte die Mine nicht auf Abzahlung
verkaufen, obgleich ich ihm ein Drittel des Silbers, das ich täglich
ausgraben würde, anbot, bis das Ganze bezahlt wäre. Auf die
Art pflegte man keine Geschäfte in Amerika zu machen, sagte er
Wir schließen nicht gerade als Freunde, denn ich hatte doch wegen
dieser Silbermine eine lange Reise gemacht und beschloß nun keinen
Cent mehr zu lösen. Ich stieg in den Zug nach Rushville, ohne eine Fahr-
karte zu lösen. Es gab in Rushville eine kleine Zeitung, wie ich ge-
hört hatte, und an der hoffte ich eine, wenn auch noch so bescheidene
Stellung zu finden.

Gerade wie ich so in aller Gemütslichkeit darauf und die Aus-
sicht aus dem Rupefenster — eine herrliche Berglandschaft — genoss,
trat der Kondukteur herein. Ich schloß die Augen und tat, als
schliefe ich. Oberdieser, ich schloß die Augen und hoffte, der Kon-
dukteur würde ein Gleiches tun. So leichtgläubig sind die Menschen,
wenn sie ohne Fahrkarte sich einschleichen haben!

Aber der Kondukteur war ein gemäßigter und pflichtgetreuer
Beamter. Er ging direkt auf mich zu, schlug mir freundschaftlich
auf die Schulter und sagte: „Darf ich Ihre Fahrkarte sehen?“

„Nein, ich habe keine Fahrkarte“, sagte ich, denn sonst würdest du aus dem
Fenster befördert und hast das Vergnügen, den Rest des Weges
zu Fuß zurückzulegen.“

„Meine Fahrkarte“, wiederholte ich, „ich habe natürlich keine
Fahrkarte; ich besitze ja eine von der Eisenbahndirektion ausgestellte
Karte, die zu kürzeren Reisen zu redaktionellen Zwecken berechtigt.“

„Lassen Sie mich die Karte mal sehen“, sagte der Kondukteur.
„Sobald wir nach Rushville kommen, lassen Sie sie sehen“, sagte
ich. Die Karte liegt in einer Schreibstischschublade in Rushville mit
verschiedenen anderen Papieren und Karten zusammen; man reißt
doch nicht immer mit seinen sämtlichen Dokumenten herum. Ich
glaubte übrigens, Sie würden mich dem Aussehen nach kennen, ich
reize gewöhnlich mit diesem Zug.“

„Ich erinnere mich nicht, Sie gesehen zu haben“, sagte der Kon-
dukteur grübelnd. „Sie sind also bei der „Rushville Times“ ange-
stellt?“

„Dawohl“, sagte ich. „Rushville Times“ ist das Presseorgan,
das ich repräsentiere.“

„Das paßt ja vorzüglich! Der Chefredakteur ist nämlich auch
*) Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Frida
G. Vogel.

im Zuge, er sitzt gleich hier nebenan. Wenn er Sie kennt, können
Sie weiterfahren, wenn nicht, werde ich Sie auf der nächsten Station
der Polizei übergeben. — Wollen Sie mal mitkommen.“

„Wollen wir denn deswegen den Redakteur belästigen?“ meinte
ich zögernd. „Geht, er schläft nun grade.“

„Der ist vollkommen wach, er sitzt und liest.“
„Es ist nicht sicher, daß er mich in diesem grauen Hut wieder-
erkennen wird.“

„Dann nehmen Sie ihn doch ab, zum Donnerwetter!“
„Ja, aber, ich habe mir die Haare schneiden lassen, seitdem er
mich zum letztenmal gesehen hat. Ich habe mir in Denver City die
Haare schneiden lassen, und nun werde er glauben, ich wäre ein
Fremder, wenn er meine langen Haare nicht mehr sieht.“

„Machen Sie nun weiter keine Ausflüchte mehr“, sagte der
Kondukteur, „mir wird es immer wahrscheinlicher, daß Sie ein
ganz gemeiner Betrüger sind. Aber nun soll der Redakteur Sie
mal befragen, vielleicht kriegt er auf die Art noch Stoff zu einem
Artikel. Also los!“

„Zitternd folgte ich ihm in das nebenangelegene Abteil, wo der
Redakteur großmächtig hinter seinen starken Brillengläsern thronte.
Der Beamte ergriff das Wort und sagte, auf michweisend:

„Dieser junge Mann, den ich ohne Forderkarte getroffen habe, be-
hauptet, er wäre Mitarbeiter an Ihrer Zeitung; aber der Herr Re-
dakteur werden wohl nichts dagegen haben, wenn ich ihn aus guten
Gründen als einen einfachen Schwindler halte.“

Der Redakteur warf mir einen kurzen Blick zu und saute trocken:
„Es verhält sich genau so, wie der Herr sagt. Er ist an
meinem Blatte angestellt und redigiert die äußere Politik zu meiner
vollsten Zufriedenheit. Ich stehe für ihn ein.“

„Dann muß ich um Entschuldigung bitten“, sagte der Kon-
dukteur und entfernte sich betreten.“

„Wer war froher als ich! Ich beschloß ja nun das Wort des Che-
redakteurs selber, daß mein Jagobunderdasein ein Ende gefunden
hätte. Ich bildete ihn dankerfüllt an und verlor die Geduld mit
ihm anzuhören, doch er war äußerst zurückhaltend, antwortete nur
mit einem unbedeutlichen Brummen und versteckte sich schließlich völlig
hinter seiner Zeitung. So muß ein Redakteur sein, dachte ich, sich
nie der Deffektivität ausliefern. Undurchdringlich und diplomatisch.
Ich beschloß ein ähnliches Wesen anzunehmen, wenn ich selber Re-
dakteur werden sollte, und das habe ich auch getan.“

Als der Zug in Rushville hielt, stieg der Redakteur schnell aus.
Er hatte kein Gepäck mit und schien große Eile zu haben. Auf der
Straße, außerhalb der Station, holte ich ihn ein. Ich zog den Hut,
danke ihm für sein Wohlwollen und fragte, ob ich gleich mit meiner
Arbeit an seinem Blatte beginnen könnte.

„Das weiß ich offenstanden nicht“, sagte der Redakteur.
„Die äußere Politik ist gerade mein Spezialfach“, bemerkte ich.
„Ach, wirklich! Ja, das dachte ich mir gleich, ich bin nämlich ein
wenig Psychologe. Aber das kommt nun nicht weiter in Betracht;
ich habe Sie aus einer peinlichen Situation errettet, und Sie haben
mir übrigens auch einen Dienst erwiesen. Mir wurde ganz klar zu-
mute, als ich hörte, Sie wären Mitarbeiter an der „Rushville Times“,
und ich glaubte, offengehalten, nun sei es Schluss mit mir, als der
Mensch Sie in mein Abteil herein schleipete. Aber ich erwiderte ja
nicht, daß Sie sich in derselben Situation befanden wie ich — mein
Menschenbild ist in den zahlreichen Kämpfen und Stürmen des

Lebens geschärft worden — kurz und gut, ich bin gar nicht Redakteur.
Sie haben mir gebannt, nun danke ich Ihnen. Wir sind quitt!“

Mit diesen Worten reichte er mir seine Karte, eine ziemlich mit-
genommene, unansehnliche Karte. Sie trug den Namen des späteren
Präsidenten der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson.

(Anm. v. Red. Die Erzählung ist ebenfalls für amtliche Zwecke
bestimmt. Für den Charakter Wilsons ist es aber so wenig, daß wir
annehmen dürfen, die Karte des blinderen Ninken Passagiers war eine
Fälschung.)

Tüpfelmalerei.

Die Direktion der Nationalgalerie ehrt den hochbegabten
Kurt Herrmann durch eine Ausstellung in Kronprinzen-
palais. Herrmann ist einer der letzten Vertreter jener Richtung,
die man als „Neo-Impressionismus“ oder „Pointillismus“ (Tüpfel-
malerei) bezeichnet. Sie war die letzte Entwicklungsstufe des mo-
dernen Impressionismus und trägt einen beinahe wissenschaftlichen
Charakter. Ihre Eigenart besteht darin, daß der Maler jede Farbe,
die er in der Natur wahrnimmt, in ihre optischen Bestandteile zer-
legt und diese reinen Farben in einzelnen Tüpfeln nebeneinander
aufträgt. Dem Auge des Beschauers bleibt die Mischung der Farben
überlassen. Diese Manier — um etwas anderes handelte es sich
nicht — hatte den Vorzug, daß sich mit ihrer Hilfe das Flimmern
des Lichts und der Atmosphäre vorzüglich wiedergeben ließ. Ihre
Schwäche bestand in der koloristischen Monotonie der Bilder, die
alle gleichmäßig in sämtlichen Farben des Regenbogens schillerien.

Bevor Kurt Herrmann zur Tüpfelmalerei kam, schuf er Bild-
nisse, Akte und Interieurs in dem damals üblichen dunklen Geler-
tan. Diese frühen Arbeiten zeigen als einziges Charakteristikum
eine Vorliebe für seine koloristische Detailreife, die hier und da
wie Kollagen in der braunen Sauce schwimmen. Später, als
Pointillist, hat sich Herrmann eine eigenartige Technik zurecht-
gemacht, die ihn sehr deutlich von allen anderen Meistern seiner
Richtung unterscheidet. Seine Bilder sehen aus, als seien sie mosaik-
artig aus einzelnen Farbtüpfeln zusammengesetzt. Die nicht nur durch
ihre reine Farbe, sondern auch durch ihre Form wirken. Zur Her-
ausarbeitung eines plastischen Formindrucks dient z. B. eine Reihe
mannigfaltig gekrümmter, aber vollständig parallel laufender Pinfel-
striche. Aus diesen Bausteinen, deren jeder seinen selbständigen
Ausdruckswert und sein eigenes Leben hat, legt nun Herrmann
malerische Flächen von einem farbigen Duft und einer linearen
Grazie zusammen, wie sie in der deutschen Kunst nicht oft zu finden
sind. Aber diese virtuose und hochkultivierte Malerei wendet sich
nur an die äußeren Sinne. Sie erfreut, fesselt und bezaubert das
Auge, ohne ins Herz zu dringen. Ein glänzendes Wandbild,
ein feenhaftes Ornament, aber im Grunde platt und kaltes.
John Schikowski.

Opernvorstellung für die Arbeitslosen. In der heute nach-
mittag 2 1/2 Uhr im Theater des Westens stattfindenden
Vorstellung für die Arbeitslosen wird insolge technischer Schwierig-
keiten nicht die Oper „Jas und Zimmermann“ gegeben, sondern die
russische Oper „Der Barbier von Sevilla“. Die
ersten Kräfte der Volkoper wirken mit. Pünktliches Erscheinen ist
dringend notwendig.

Rußland an England.

Antwort auf die Anerkennungsnote.

London, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Rasowski übergab heute im Auswärtigen Amt MacDonald die Antwort der russischen Regierung auf die Note der englischen Regierung betreffend die Anerkennung Sowjetrußlands. Darin nimmt die russische Regierung Kenntnis von der in der englischen Note ausgesprochenen Anerkennung und erklärt, daß diese Note sich mit dem Wunsch des zweiten Sowjetkongresses beuge, daß ein freundschaftliches Zusammenarbeiten zwischen dem englischen Volk und der Sowjetrepublik eine der ersten Aufgaben der Sowjetregierung bleiben müsse. Die russische Regierung erklärt sich bereit, alle Fragen, die sich direkt oder indirekt aus der Tatsache der Anerkennung Sowjetrußlands ergeben, im freundschaftlichen Geiste regeln zu wollen. Die Sowjetregierung erklärt sich deshalb weiter bereit, mit der englischen Regierung ein Abkommen zu treffen, das die früheren Verträge wieder in Kraft setzt, die durch die kriegerischen Ereignisse oder seit dem Kriege gekündigt worden sind oder ihre Rechtskraft verloren haben. Zu diesem Zweck beabsichtigt die Sowjetregierung in nächster Zeit einen Vertreter zu entsenden, der Vollmacht besitzen werde, ausländische Forderungen und Gegenforderungen zu regeln. Die russische Note fügt hinzu, daß die Sowjetregierung mit den Anschauungen der englischen Regierung voll übereinstimme, wonach gegenseitiges Vertrauen und keinerlei Einmischung in innere Angelegenheiten die notwendige Voraussetzung sei, um freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu stärken und zu entwickeln. Schließlich wird der englischen Regierung mitgeteilt, daß bis zur Ernennung eines Sowjetkabinetts Rasowski zum Geschäftsträger der Sowjetrepublik am Hofe von St. James ernannt worden sei.

Freundesbotschaft Darmoors.

Auf einem Bankett der englisch-österreichischen Gesellschaft in London sprach Lord Balfour und dem österreichischen Botschafter Frankenstein, die das Stabilitätswort des Bölkerbundes lobten, auch der „Bölkerbundminister“ im neuen Kabinett

Lord Parmoor.

Der u. a. erklärte, der Bölkerbund sei ein Gedanke, dessen Zeit gekommen sei, und er glaube, daß dieser Gedanke weit stärker sei, als man gemeinhin annehme. Freundeshaft sei der Weg, um wirkliche Sicherheit zu erhalten. Der Grundbaustein des Bölkerbundes sei eine geheimerische Notwendigkeit, denn ohne ihn würde die europäische Zivilisation zusammenbrechen. Die außenpolitische Schwäche des Bölkerbundes sei darauf zurückzuführen, daß er noch nicht alle Länder umfasse. Unschätzbar sei Oesterreich Mitglied des Bölkerbundes, aber es gebe eine große Schwesterrepublik, die mit den Oesterreichern befreundet sei und, wie er hoffe, in Zukunft auch mit England befreundet sein werde, nämlich die deutsche Republik; zwischen ihr und Oesterreich müsse stets das Verhältnis der Verwandtschaft und gemeinsamer nationaler Ideen herrschen. Lord Parmoor warf dann einen Blick in die Zukunft, wo er die deutsche Republik im Bölkerbund sehe, wie sie mit Hilfe von Oesterreich und England dieselbe Wandlung durchmache, die in Oesterreich erfolgt sei, so daß Deutschland mit der Aussicht auf Frieden und Gedeihen von den Beschwerden und Sorgen, die sich auf ihm lasteten, befreit werden könnte. Lord Parmoor schloß, es sei an der Zeit, daß der

Unterschied zwischen Siegern und Besiegten bestritt

werde und daß unter der Inspiration des Bölkerbundes die gesamte Menschheit für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zusammenarbeite.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Der erste Sachverständigenausschuß hielt am Freitagnachmittag eine Plenarsitzung ab. Für Sonnabendvormittag ist vorgesehen, daß der Budgetausschuß den Staatssekretär Fischer und Ministerialdirektor Poply vom Reichsfinanzministerium anhört, während Reichsamtpräsident Dr. Schacht eine weitere Besprechung mit dem Währungsausschuß haben wird.

Oskar Ble wird heute 60 Jahre. Er ist einer der ganz wenigen deutschen Schriftsteller, deren Werke Zeugnis davon ablegen, daß in der Kunst die Philologie als Schlüssel zum Verständnis zu fordern hat. Man braucht nur seine Monographien über das Klavier oder über den Tanz zu lesen, um zu wissen, daß es hier nicht um Oberflächlichkeit, sondern um Tiefe geht. Allerdings dominiert diese Gelehrsamkeit nicht, sondern sie fließt, sie schwingt und singt im Rhythmus, im Seelentempo des Kunstwerks, dem die Arbeit gilt. Aus seiner psychologischen Analyse des „Hedermans“ Wolters, Rosaryscher oder Herold'scher, Opern erhebt man Rufe selber. Sie wohnt in seinem Schrifttum, sie lächelt uns von ferne her zu, wenn, wie im Opernbuch, Welt auf Welt vor uns aufsteigt. Ein Impressionist von Bedeutung, von Reichtum des Wissens und Tiefe des Blicks. Im Epik unter aller Meister, dem wir nachstreben im literarischen und musikalischen Geschick, ein Führer, dessen geschlossenes Wort in Kunst und Tönen ertönt.

Wann Ärzte kren... In neuerer Zeit haben sich die Fälle gemehrt, in denen Patienten Ärzte auf Schadenersatz verklagten, weil diese sich geirrt hätten. Ein englischer Arzt zieht aus den verschiedenen Gerichtsverhandlungen, die in England über diese Frage stattgefunden haben, interessante allgemeine Schlüsse. Er glaubt, daß die viel schärfere Kritik, die heutzutage an die ärztliche Tätigkeit gelegt wird und nicht selten zu Prozessen führt, hauptsächlich von den größeren medizinischen Kenntnissen der Laienwelt herrührt. Während man früher die Arzneikunst mehr oder weniger als eine Art Geheimwissenschaft betrachtete, schreibt er, während man früher dem Arzt vielfach eine große Verehrung und unbedingtes Vertrauen entgegenbrachte, hat sich in unseren aufgeklärten Zeiten immer mehr die Anschauung verbreitet, daß auch der Arzt „mit Wasser kocht“. Man hält die Medizin für eine Wissenschaft, deren Ursache auch von den intelligenten Laien wohl erkannt und gewürdigt werden können. Die Kriegsjahre haben sehr viel dazu beigetragen, den Glauben an die Unfehlbarkeit des Arztes zu erschüttern. Die Jünger des Askulap die damals zu Hause blieben, waren nicht immer die besten und hatten außerdem sehr viel zu tun, so daß sie häufig nicht die notwendige Sorgfalt aufwenden konnten. Andererseits wurden viele Ärzte durch langjährigen Dienst an der Front und in Kriegshospitälern aus ihrer wissenschaftlichen Arbeit herausgerissen, konnten nicht die Fortschritte verfolgen und waren, als sie zu ihrer Privatpraxis zurückkehrten, nicht imstande, den erhöhten Forderungen, die an die ärztliche Kunst gestellt wurden, zu genügen. Die Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses litt. Andererseits hatten die jungen Ärzte beim Militär große Mitgefühlswunden und glaubten, daß sie schon alles verstanden, während ihnen noch sehr viel fehlte. So sind zweifellos in den letzten Jahren viele Irrtümer vorgekommen. Die zu zahlreichen Prozessen führten; aber mehr als diese Einzelfälle hat ihre Verallgemeinerung geschadet, die das früher so große Vertrauen zu den Ärzten in manchen Kreisen untergraben hat.

Zum Cochenillencolor... Nach einer Times-Meldung aus Jerusalem ist die Standard-Oil-Company in der Gegend von Petrolium gefolgt.

Der Kampf um das Steuerdiktat.

Die ungeklärte Lage, die am Schluß der Donnerstagssitzung des Ermächtigungsausschusses bestand, ist durch die Haltung der Regierung in der Freitagssitzung nicht klarer geworden. Der Ausschuß hat sich gegen die Aufwertung von Schuldforderungen auf dem Verordnungswege ausgesprochen — die Regierung scheint daran festhalten zu wollen. Der Ausschuß hat sich gegen die mit der Aufwertung in Zusammenhang gebrachte Mietsteuer ausgesprochen — die Regierung scheint daran festhalten zu wollen. Der Ausschuß hat sich für die Zuschläge zur Vermögenssteuer ausgesprochen, die an die Stelle der Mietsteuer treten sollen — die Regierung scheint nicht auf diesen Boden treten zu wollen. Die Klüfte zwischen der Stellungnahme des Ausschusses und dem Standpunkt der Regierung, der von den hinter ihr stehenden Parteien nicht geteilt wird, ist also nicht klein, und man kann sich zunächst nicht vorstellen, daß die Kompromißverhandlungen, von denen der unien wiedergegebene offizielle Bericht spricht, noch zu einem Ergebnis führen könnten. Von Kompromißverhandlungen ist auch bis jetzt nichts bekannt.

Der erste Fehler liegt darin, daß die Regierung die Steuervorschläge, die sie zur Bilanzierung des Haushalts und zur Sicherung der Rentenmarkt machen mußte, mit der Aufwertungsfrage verknüpfte und versucht hat, diese unendlich schwierige Frage auf dem Verordnungswege zu lösen. Bei den in der Sache liegenden ungeheuren Schwierigkeiten mußte dieser Versuch scheitern. Sollte die Regierung dazu übergehen, trotz des Widerspruchs des Ausschusses ihre Verordnung zu erlassen und damit „Treu und Glauben“ zu 10 Proz. wiederherzustellen, so wird sie in allen Kreisen der Bevölkerung große Enttäuschung hervorrufen und in dem demnächst zusammentretenden Reichstag eine ernste Situation schaffen. Außerdem würden die Mieter mit einer Steuerlast beburdet werden, die unerträglich wäre. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien rechnen in absehbarer Zeit mit der Herstellung des freien Wohnungsmarktes. Die Nachfrage des großen Heeres der Wohnungslosen nach Wohnungen würde voraussichtlich die Miete über den Friedensstand hinausstreben. Die Arbeiter und Beamten mühten an Miete und Mietsteuern Beträge aufbringen, die im krassesten Mißverhältnis zu ihrem weit hinter dem Friedensstand zurückbleibenden Einkommen ständen. Ein voller Ausgleich durch Lohn- und Gehaltserhöhungen würde schwer durchzuführen sein, auch wenn er gelänge, die private und die Staatswirtschaft in hohem Grade belasten. Für den Wohnungsbau, durch den die daniederliegende Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden könnte, würde aber aus dem Ergebnis der Mietsteuer höchstens ein bescheidener Bruchteil (nach der Vorlage 10 Proz.) Verwendung finden, da die Mietsteuer zur Deckung des allgemeinen Bedarfs der Länder und Gemeinden, besonders des Befoldungsbedarfs dienen soll. Weder die große Wohnungsnot, noch die allgemeine Wirtschaftsnot würde somit durch den Plan der Reichsregierung eingedämmt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist der Beschluß des Ausschusses, der an die Stelle der Mietsteuer Zuschläge zur Vermögenssteuer setzen will, zu begrüßen. Daneben müßte allerdings mit Hilfe einer besonderen Abgabe, die nur dem Wohnungsbau zu dienen hätte, die Wohnungsnot bekämpft und das Wirtschaftsleben von der Seite eines regeren Wohnungsbau aus belebt werden.

Unerledigt ist von den Steuervorschlägen der Regierung nur die Abgabe von Gewinnen aus entwerteten Obligationen privater Unternehmungen. Der Ausschuß hat sie nicht beanstandet, obgleich sie auf der von ihm abgelehnten zehnprozentigen Aufwertung beruht. Er hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich hier um ein abgegrenztes übersehbares Gebiet handelt, auf dem unbedingt mit einer mäßigen Steuer zugegriffen werden kann.

Unerledigt ist noch der wichtige Abschnitt des Entwurfs, der vom Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden handelt, und die Abschnitte, die eine Mitwirkung der Gemeindebehörden im Besteuerungsverfahren und die Vereinfachung der Steuerrechtsfragen und des Steuerstrafrechts bezwecken. Mit diesem Teil des Entwurfs wird sich der Ausschuß in seiner Sonnabendssitzung beschäftigen.

Der Fünfkammerausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit Artikel III und IV der dritten Steuernotverordnung. Artikel III behandelt den Geldentwertungsausgleich. Die Regelung der Regierungsvorlage erstreckt grundsätzlich die Begrenzung eines Teils des Kapitals, welcher der Einzelwirtschaft aus der Geldentwertung zugeflossen ist, soweit diese Wagnisse steuerrechtlich möglich und wirtschaftlich erträglich erscheint. Zugunsten des Reiches soll ein Geldentwertungsausgleich bei Schuldverschreibungen, bei Inanspruchnahme von Krediten (Wechsel, Darlehensschulden, Zeitschulden), bei Ausgabe von Notgeld und bei den mit öffentlichen Zuschüssen errichteten Gebäuden in Betracht kommen. Zugunsten der Länder soll ein Geldentwertungsausgleich bei bebauten und unbebauten Grundstücken sowie bei Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften vorgenommen werden. Bei bebauten Grundstücken soll die Erfassung des Geldwertunterschieds im Zusammenhang mit der schrittweisen Anpassung der Mieten an die Friedensmieten erfolgen. Artikel IV behandelt die Bewertung von Reichsmarkforderungen und -schulden für Steuern.

Die eingehende Aussprache zeigte, daß die in Artikel III und IV enthaltenen Grundgedanken der Regierungsvorlage die Mitglieder des Ausschusses nicht befriedigten. Dieweil wurden aus der Mitte des Ausschusses verschiedene Anträge gestellt, die das Problem auf eine ganz neue Grundlage zu stellen suchten. So wurde beantragt, an Stelle des Art. III folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Die Länder haben auf die Dauer von zwei Jahren das Recht, durch Beschluß einen Zuschlag bis zu 200 Proz. zur Vermögenssteuer einzuführen. Dabei kann zwischen immobilien und mobilien Vermögen, zwischen landwirtschaftlichen und anderen Grundstücken, zwischen Effektenbesitz und anderen Vermögenswerten unterschieden werden. Personen, die den Nachweis führen, daß sich ihr Vermögen seit 1913 um 80 Proz. verringert hat, dürfen zu keinem höheren Zuschlag als 50 Proz. Verboten, die den Nachweis führen, daß sich ihr Vermögen um 60 Proz. verringert hat, zu nicht mehr als 100 Proz., und die den Nachweis führen, daß sich ihr Vermögen um 40 Proz. verringert hat, zu nicht mehr als 150 Proz. Zuschlag herangezogen werden.“

In einem weiteren Antrag wurde empfohlen, die §§ 22 bis 26 mit Ausnahme der Bestimmungen für die erst nach dem 1. Juli 1918 bezugsfähig gewordenen Neubauten (§ 24) zu streichen. Statt dessen soll für die Besteuerung des bebauten Grundbesitzes der Grundbesitz aufgestellt werden, daß das Reich die steuerlichen Vorschriften erläßt und die Verteilungsregel. Veranlagung und Erhebung sollen Sache der Länder und Gemeinden sein. Die Steuer soll vom gemeinen Goldwerte und,

solange dieser nicht feststeht, vom Mehrheitsvermögen erhoben werden und so bemessen sein, daß der Gesamtbetrag der von Reich, Ländern und Gemeinden dem bebauten Grundbesitz auferlegten Steuern nicht mehr als jährlich 1,5 Proz. des gemeinen Goldwertes oder 3 Proz. des Mehrheitsvermögens beträgt. Diese Sätze treten erst, wenn die Friedensmiete erreicht ist, in Kraft. Bis dahin ist die Steuer im Verhältnis des Abstandes der geschätzten Miete von der Friedensmiete zu ermäßigen. Die Steuerkraft ist bei der Verzinsung von dringlichen Posten anteilig dem Hypothekengläubiger zu belassen.

Ein Vertreter der Reichsregierung führte zu dem Antrag über die Vermögenssteuer folgendes aus: Es müsse vor Ueberstimmungen der Tarife gewarnt werden, mit denen man in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht habe. Hinzukomme, daß die gegenwärtig bevorstehende Vermögenssteueranleihe unter besonders schwankenden Verhältnissen stehe. Da den Ländern das Zuschlagsrecht zu den einzelnen Vermögensgattungen gegeben sei, so werde bei der Bedeutungszunahme der Kapitalvermögen das Ganze im wesentlichen auf Zuschläge zu den Grund- und Gewerbesteuern hinauslaufen. Man wolle der Antrag aber selbst nicht immer Zuschläge bis zu 200 Proz. zulassen, sondern den Gegenbeweis für solche Fälle vorbehalten, in denen das gegenwärtige Vermögen sich gegenüber dem Mehrheitsvermögen erheblich vermindert habe. Das würde die Regelfälle sein, und dadurch würde eine allgemeine Vermögenszuwachssteueranleihe notwendig werden, die deshalb noch ganz besonders schwierig durchzuführen sei, weil der Veranlagungszeitraum zehn Jahre umfasse und die Verhältnisse am Beginn und Ende völlig verschieden seien. Ein Anleihevermögen der Erwerbseinkommen könne sogar generell erst jetzt festgesetzt werden, und die Grundlagen seien durchaus unzuverlässig.

Der Reichsminister der Finanzen vertat die Auffassung, daß die im Entwurf vorgeschlagene Geldentwertungsausgleichsteuer unermessliche Folgen der positiven Entscheidung über die Aufwertung sei. Man könne dabei auch nicht an dem Problem des Ausgleichs bei Inanspruchnahme von Krediten vorbegehen. Schon aus politischen Gründen sei eine verantwortliche Klärung dieser Frage unbedingt nötig. Die vorgeschlagene Vorchrift lasse dabei dahingestellt, ob tatsächlich eine Steuer erhoben werden soll, sie strebe nur die genaue Unterlegung der Möglichkeiten an. Die zum Erfolg vorgeschlagene Steuer halte er nicht für vollwertig. Bei dem Vorschlag einer Reichsgebäudesteuer käme man in Schwierigkeiten mit den Reichsrat vertretenen dringenden Wünschen der Länder und Gemeinden nach der Möglichkeit der selbständigen Ausgestaltung der Realsteuern.

Trotzdem entschied sich der Ausschuß in seiner Mehrheit zugunsten der beiden eingebrachten Vorschläge. Nach Erledigung der Spezialberatung der Artikel III und IV vertagte sich der Ausschuß auf Sonnabend.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird nach dem Verlauf der Verhandlungen des Fünfkammerausschusses zunächst das Kabinett sich mit den Ausschlußbeschlüssen beschäftigen, und danach ist zu erwarten, daß man Kompromißverhandlungen einleiten wird, die voraussichtlich erst am Sonnabend stattfinden können.

Der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm am Freitag bei der Beratung der dritten Steuernotverordnung eine Entscheidung hinsichtlich der dritten Steuernotverordnung an. Der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hält es für unmöglich, die Frage der Aufwertung auf dem Wege der Notverordnung zu regeln und empfiehlt der Regierung den Weg der ordentlichen Gesetzgebung. Außerdem fand folgender Zusatzantrag Annahme: „Der Finanzpolitische Ausschuß erwartet aber unter allen Umständen, daß dadurch die Lösung der Frage der Goldfinanzierung und die Vorbereitung der Vermögens- und Einkommensteuer nicht verfehlt wird.“

Zur Frage der Mietzinssteuer wurde mit großer Mehrheit folgender Antrag Hilferding-Bernhard angenommen: „Der Finanzpolitische Ausschuß empfiehlt der Regierung, im Interesse der Gleichmäßigkeit der Regelung und damit der Einseitigkeit des Wirtschaftsgebietes die Regelung des Wohnungswesens dem ordentlichen Wege der Reichsgesetzgebung zu überlassen. Besondere Rücksicht ist dabei auf die Förderung des Neubaus von Wohnungen zu nehmen. Diese Förderung ist in der Hauptsache den Gemeinden zu überlassen. Zur Deckung des Bedarfs der Länder und Gemeinden ist diesen für die nächsten zwei Jahre ein Zuschlagsrecht zur Vermögenssteuer in ausreichender Höhe einzuräumen. Dabei ist auf die seit 1913 eingetretene Verminderung des Vermögens durch die Staffelung der Zuschläge gebührende Rücksicht zu nehmen.“

Die verletzte Immunität.

Der Reichstag gegen die Verhütung des Abg. Varg.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags schloß am Freitag eine Besprechung der kommunistischen Fraktion ab, die darüber Klage führte, daß kein Kommunist vom Ueberwachungsausschuß zugelassen werde. Dieser Ausschuß ist aber lediglich ein Ueberwachungsausschuß des Fünfkammerausschusses, in dem die Kommunisten nicht vertreten sind. Dagegen erkannte der Geschäftsordnungsausschuß eine Beschwerde des kommunistischen Abg. Varg über Verletzung seiner Immunität durch Verhaftung in Stuttgart an und richtete an den Reichsinnenminister und den württembergischen Justizminister das Ersuchen, die strafrechtliche und disziplinarische Verfolgung der schuldigen Beamten zu veranlassen.

Die Flaagenaffäre in Washington.

Ein Rechtfertigungsversuch Wiedersfeldts.

W.B. meldet aus Köln:

Nach einem Telegramm des Berichterstatters der „Kölnischen Zeitung“ aus Washington haben Umfragen über die Beteiligung der deutschen Botschaft an dem Trauerfeierlichkeiten für Wilson zuverläßig folgendes ergeben: 1. eine amtliche Mitteilung vom Lobe Wilsons ist der deutschen Botschaft weder vom Staatsdepartement noch vom Doyen des diplomatischen Korps zugegangen; 2. der Botschafter erhielt am 4. d. M. nur ein Rundschreiben des Doyens mit der Anfrage, ob er bereit sei, einen Anteil an den Kranzlosen zu übernehmen, was von dem Botschafter sofort schriftlich bejaht wurde; 3. als die Botschaft am 5. Februar erfuhr, daß das Kabinett für den 6. d. M. die Nationaltrauer beschließen habe, hat sie sofort ihre Teilnahme erklärt und dies auch nachmittags der Presse mitgeteilt; 4. am Trauertage hat die Botschaft die Flagge auf halbmast gesetzt. Die Flagge ist niemals auf Vollmast gesetzt gewesen, wie fälschlich behauptet worden ist.

Die Erklärung erweckt den Anschein, als ob alles in bester Ordnung gewesen sei. Sie widerlegt aber nicht die Behauptung, daß sich die deutsche Botschaft zunächst weigerte, halbamt zu flagen, als die öffentlichen Gebäude und die anderen Missionen dies schon getan hatten, daß diese Weigerung als eine Taktlosigkeit empfunden und erst nachträglich gütgemacht wurde.

Im Kampf mit dem Boden.

Wirtschaftlichkeit im Laubengarten. — Zu wenig Sämlinge.

Mit begrifflicher Ungeduld verfolgt der Laubengartenliebhaber die Anzeigen des Thermometers und Barometers — ist denn noch immer nicht beständiges Taumetier in Sicht? Er hat auch wohl schon mal den Spaten mit hinausgenommen, in der Hoffnung, daß die Erde unter dem Schnee sich „grabbar“ erhalten hätte, aber der Schnee ist beinahe restlos fort und des Nachts ist das Quecksilber immer noch auf einige Grad unter Null gesunken, also vorläufig nichts zu machen. Dabei werden die Tage merklich länger, und ganz fehlt die Sonne — auch nicht, aber solange die kalten Nord- und Ostwinde wehen, ist der Winter Trumpf. Die erfahrenen Kolonisten sehen die Sachlage mit größerem Gleichmut an; solche längeren Frostperioden sind auch in früheren Jahren schon dagewesen — natürlich heißt es nachher sich noch rascher als gewöhnlich tummeln, um mit der Frühjahrspflanzung nicht ins Hintertreffen zu kommen.

Der Bewirtschaftungsplan.

Die stille Zeit, die keine Praxis gestattet, sollte vor allem der Theorie zugute kommen. Daß man sich das Saatgut rechtzeitig beschafft, ist selbstverständlich, aber weniger allgemein ist ein durchdachter Bewirtschaftungsplan für den Gemüsegarten. Es muß Grundriss sein, daß jedes Fleckchen möglichst zweifach ausgenutzt wird. Gerade in wirtschaftlich so schweren Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, ist der Gewinn aus dem Gemüsebau hoch anzuschlagen. Der einzelne erspart Ausgaben am Haushaltsbudget und hebt dadurch seine wirtschaftliche Kraft, was wiederum dem ganzen Volke zugute kommt. Man sage nun nicht geringschätzig: na, der Kohlkopf, den du kaufst, kommt dir teurer zu stehen, als wenn du ihn kaufst. Gewiß, wenn man die Arbeitszeit aller Familienmitglieder in Anschlag bringen und in Geld ausdrücken wollte, so mag der Später recht haben. Aber dies ist schon deswegen nicht angängig, weil diese Arbeitszeit eigentlich eine Erholungszeit ist, und zwar eine solche, die etwas einbringend und nicht kostet, selbst dann nicht, wenn Vater und Mutter je eine kleine kleine Waise gemühen.

Zweimal ernten.

Aber kehren wir nun zum „Betriebsplan“ zurück. Wir wissen, daß Salat, Erbsen, Staudensellerie, Spinat, früher Kohlrabi, Frühkartoffeln, selbst früher Birting und Weißkohl, um nur die alltäglichsten Gemüse zu nennen, so zeitig abgeerntet werden können, daß hinterher nochmals Salat, Spinat, vor allem Grünkohl und Rosenkohl, dann aber auch Runkelrüben (die nicht nur die Kranichchen, sondern auch die Hühner gern verschlingen) gepflanzt werden können. Selbst die früh geernteten Bohnen — sofern sie nicht abfrieren — gestalten oft noch einen zweiten Anbau. Nur die Winterkohlrüben behaupten allein ihr Feld und für die verhältnismäßig spät, aber doch früher als Grün- und Rosenkohl, zu pflanzenden späten Birting, Weiß- und Rotkohl ist es nicht immer leicht, eine Vorfrucht zu finden — es sei denn das Radies. Dafür kann man aber zwischen den mindestens einen Fuß von einander entfernten Kohlpflanzen eine Zwischenpflanzung machen, wozu Salat sich vortrefflich eignet. Für Gurken und Tomaten müssen natürlich sonnige Plätze ausgesucht werden, da sie aber auch recht spät in die Erde kommen, so kann der Platz vorher noch mit niedrig bleibendem Gemüse ausgenutzt werden. Spätestensfalls entfernt man in der nötigen Distanz einige der Vorfruchtspflanzen. All diese Erwägungen sollte man also in der kalten Zeit anstellen, einen Copeplan von seinem Terrain aufzeichnen mit genauen Maßen und nun auf dem Plan die Verteilung vornehmen, natürlich nach Maßgabe des Bodencharakters, der Düngung, Sonnenlage usw. Dann weiß man erstens, wieviel Samen gebraucht wird resp. wieviele Pflanzen notwendig sind, und kommt dadurch am besten in die Lage, sich rechtzeitig um das Pflanzenmaterial zu kümmern.

Wettrennen um die Sämlinge.

Oft genug rennen die Frauen nachher im späten Frühling umher, um Pflanzen zu kaufen. Sehr oft resultatlos; auf den Märkten und in den Gärtereien sind keine mehr zu erhalten — alles ausverkauft. Oder falls noch einige Pflänzchen vorhanden sind, sind es kümmerliche, die weder der Besitzer noch der erfahrene Garten-

freund kauft. Man kann es dem Erwerbsgärtner auch nicht verübeln, daß er nicht ungeheure Mengen von Sämlingen heranzieht — der Samen ist teuer und die Arbeit mit den Saatkästen auch nicht gering. Wenn er aber rechtzeitig Bestellungen auf Pflänzchen erhält, wobei eine von ihm geforderte Anzahlung auch nicht mit solchen Plänen betrachtet werden sollte, so wird er, falls er sich überhaupt mit Gemüsebau befaßt, gern das Seinige tun, um die Bestellungen gut auszuführen. Das planlose Besorgen von all den Dingen, die der Kleinrentier entweder gar nicht oder nicht so rechtzeitig wie der Erwerbsgärtner heranzubringen kann, sollte wirklich aufhören. Der Gemüsebau erfordert eben auch Nachdenken, Vorleser und Umsicht — genau so wie etwa das Kriegsführen, wo tapfere Soldaten ohne geniale Leitung keinen Erfolg haben. Die Sämlinge sind die Truppen des Gemüsebauers; er soll sich keine schlechte Ware in die Hand drücken lassen, erreicht die gute Belieferung aber am einfachsten durch rechtzeitige Bestellungen. Gewiß fehlt es während der Pflanzzeit in den Läden nicht an Offerten von „Millionen von Sämlingen“, aber die sind meist an Orten, wo eine Besichtigung nicht möglich ist. Und dann will es immer die bekannte „Lücke des Objekts“, daß an den Tagen des Transports gerade ein gewaltiger Sonnenbrand herrscht. Als Halbinseln kommen die Heerschaaren an, mit der die Gartenschicht geschlagen und gewonnen werden soll.

Daß die stille Zeit auch dazu dient, um alle Geräte gut in Ordnung zu bringen, ist selbstverständlich — nachher ist keine Minute zu verlieren. Hoffentlich leben wir bald wieder unsere wackeren Kolonisten emsig bei der Arbeit.

Anzeigen-Razzien.

Seit einiger Zeit macht sich wieder eine förmliche Anzeigenjagd bei der Schupo bemerkbar. Vielleicht ist es nicht immer der geschriebene Befehl. Aber es liegt doch eine nicht mißzuverstehende Aufmunterung für die gegenwärtige junge Schupopolizistengeneration vor: tätig, immer tätig zu sein, die Augen überall zu haben und sich Sporen zu verdienen! Und das fällt bei den durchweg jugendlichen „Grünen“, die sich eine feste Griffenz erst erobert haben, naturgemäß vielfach auf noch fruchtbareren Boden als früher bei den meist älteren Schupoleuten der blauen Polizei, die um ihre Lebensstellung besorgt waren, wenn sie nicht den Wünschen, ausgo Befehlen allzu draufgängischer, mit der Volkspolizei wenig vertrauter Vorgesetzter entsprachen.

Gewiß, wir leben noch immer in einer Ausnahmezeit mit den Resten der Nachwehen aus Krieg und Revolution. Wer sich aber als Polizeiführer einbildet, mit halb polizeilichem, halb militärischem „Schneid und Schmir“ so ganz wieder den alten Publikumdrill aufleben lassen zu können, sollte doch lieber sein Amtsränzgen an den Nagel hängen. Nicht um die Bekämpfung von Verbrechen handelt es sich hierbei, auch nicht um das scharfe Zupacken gegen Auswüchse, die eine Allgemeingefahr bedeuten, ebenso wenig um den Abbau jugendlichen Sittengesessens, das höchst unangenehm berühren kann, auch wenn es nicht ins Kriminalistische hinüberwehrt. Gemeint sind die ungezählten Tausende kleiner Vergehen, über die man um so leichter stolpert, je mehr sich in den letzten Jahren wieder der Wust von Anordnungen, Verbots- und Strafandrohungen gehäuft hat. Es gibt wohl überhaupt keinen deutschen Staatsbürger, der alle diese papiernen Hirnerzeugnisse so gut im Schädel verwahrt trägt, daß er gegen eine Uebertretung gefeit ist. Sehr lehrreich hierfür ist der folgende Fall: Ein in juristischen Dingen anerkannt gewandter Berliner Stadtrat fuhr vor einigen Monaten auf dem Fahrrad durch ein großes Laubengelände und benutzte einen Fußweg, ohne daß weit und breit Fußgänger zu sehen waren. Ein Grüner fing ihn ab und schrieb ihn auf. Gegen das Strafmandat erhob der Stadtrat Widerspruch. Er wurde vom Schöffengericht freigesprochen, weil der benutzte Fuß-

weg nicht inmitten einer geschlossenen Ortschaft liege. Hiergegen legte der Amtsanwalt Berufung ein. Der Stadtrat aber sagte: „Wenn mich die Herren doch nur in Ruhe lassen wollten! Dafür würde ich gern ein paar Goldmark opfern.“ Ein dicker Aktenstapel ist angewachsen, dessen Papier mehr kostet, als die Strafe betragen würde. Und das ist nur ein Fall von jährlich Hunderttausenden, ohne deren strafrechtliche, gewaltigen Zeitaufwand erfordernde Bearbeitung der Staat sicher nicht ins Wanken geraten würde.

Nicht Menschen driller... nein, Menschenner! Das tut uns in unserem Staatswesen und in unserer Führung so bitter not. Uns fehlen noch sehr die Polizeipädagogen, die sich auch auf untersten Posten nicht als wirklose Maschinen vorfinden und ihr verantwortliches Amt von der schönen Seite aufpassen; geschickt und nachsichtig zur Ordnung, die man auch in einer Republik braucht, ohne Ordnungswahrmann unmerklich erziehen — dann lassen sich verärgerte Bapaliensbestrafungen entbehren.

Welches Notgeld hat Gültigkeit?

Unberechtigte Annahmeverweigerung auch bei Behörden.

Der in letzter Zeit erfolgte Aufruf einiger Sorten Notgeld hat bei vielen Geschäftleuten zu Mißverständnissen hinsichtlich der Gültigkeit des verschiedenen sehr umlaufenden Geldes Anlaß gegeben. (Dieselbe Unkenntnis ist unentschuldig auch bei vielen Behörden zu verzeichnen.) Selbst die vor weissen Boden so beliebte Goldanleihe (Schatzanweisung des Deutschen Reiches auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1923) wird in Unkenntnis ihres Wertes von einigen Geschäftsinhabern bisweilen zurückgewiesen. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß außer Reichsbanknoten, Rentenmark und Goldanleihe das Notgeld der Deutschen Reichsbahn, sowohl werbefähiges als auch auf Papiermark lautendes, ebenso wie das werbefähige Notgeld des Preussischen Staates vollwertige Zahlungsmittel sind, deren Annahme nicht verweigert werden darf. Von dem preussischen Notgeld sind bisher zur Einlösung aufgerufen die Notgeldscheine über 420 M. vom 18. Januar 1924 ab und die über 2,10 M. vom 26. Januar 1924 ab. Die Einlösung erfolgt binnen Monatsfrist. Die Gültigkeit und der Umlauf der preussischen Notgeldscheine über 0,42 M., 1,05 M. und 5 Goldmark bleibt von diesen Aufrufen unberührt. Das noch im Umlauf befindliche werbefähige Notgeld der Stadt Berlin ist mit Wirkung vom 10. Februar 1924 ab mit einer Einlösungfrist bis zum 10. März 1924 aufgerufen worden. Wenn auch die Notgeldscheine nach erfolgtem Aufruf den Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels verlieren, so können sie doch während der vierwöchigen Einlösungsfrist unbedingt angenommen werden, soweit ihr rechtzeitiger Umlauf bei der Einlösung ohne erhebliche Schwierigkeiten für den Besitzer möglich ist.

Von diesen Tatsachen scheinen leitamerweise die Reichspost und auch viele städtischen Behörden keine Ahnung zu haben. Die Einziger, die den wäckerlichen Kasernen und den Kasernen mit aller Deutlichkeit demonstrieren, daß es sich bei den vorstehenden Ausführungen um eine amtliche Feststellung handelt, die nicht mit dem üblichen Einwand obzuarbeitet werden kann: es gehe sie nichts an, was in den Zeitungen steht.

Das „sozialisierte“ Wohnhaus.

Die Mieter eines Hauses im Berliner Norden konnten mit ihrem ausländischen Hauswirt, wie es auch zahlreichen anderen Mietern ergeht, keine Fühlung erhalten. Der Mann kümmerte sich gar nicht um sein Haus. Die Mietervertretung teilte daher dem Bezirksamt mit, sie werde als sogenannte Geschäftsführung ohne Auftrag das Haus „sozialisieren“. Das Bezirksamt antwortete hierauf nicht, nahm aber selbstverständlich an seinen Kassen die von der „Sozialisierungskommission“ eingehenden öffentlich-rechtlichen Abgaben für das Haus an. Die Mietervertretung ließ dann die großen Spiegeleisen aus den Geschäftsläden des Hauses herausnehmen und durch kleine Spalierleisen ersetzen. Die Spiegeleisen wurden so günstig verkauft, daß dem erheblichen Ueberdub noch das sehr schadhafte Dach instandgesetzt werden konnte. Die Mieter sind mit dieser Regelung sehr zufrieden, und auch der ordnungsgültige Hauswirt, dessen Aufenthalt unbekannt ist, wird es sein müssen.

(Nachdruck durch Wolff-Berlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Das passiert meinem alten Herrn öfter. Es geht ihm schon wieder besser. Er hat schon etwas Entschaffen gegessen. Jetzt schläft er.“

Nachdem die beiden weggegangen waren, schritt das Mädchen von Schalter zu Schalter und stürzte den Salon wieder in das schwarze Nichts.

Auf der Straße zog Adolf mit weißen Lippen besetzte Glaschandschuhe an und machte beim Sprechen abgehakte Miene. Die beiden Mädchen auf Jürgen zu, wie ein Leutnant, der mit einer Dame spaziergeht. Sein Vater habe diesen Morgen Mergel gehabt, wegen einer Zahlung an eine Londoner Bank. Es habe sich zwar nur um einige zehntausend Pfund gehandelt. „Eine Bagatelle, gewiß! Aber wenn sie momentan nicht flüssig zu machen sind? ... Geht er heute früh dieser Sache halber fort, kommt schon ausgerüstet nach Hause, da findet er ein Schreiben aus dem Kriegsministerium, des Inhalts, daß wir ...“ Er blieb stehen, hob den Spazierstock wie eine Kerze: „Distraction?“

„Vielleicht sagst du mir lieber nichts.“
„Aber bitte, dein Wort genügt mir ... daß wir den Auftrag erhalten haben, den neuen Armeeknopf zu liefern. Begreift du, was das bedeutet? ... Ahnungslos öffnet mein Alter das zweite amtliche Schreiben, liest, daß er zum Kommerzienrat ernannt worden ist: schwuppdiß — Schlaganfall ... Bitte noch dir.“

Schwungvoll ließ der schon zum Kellner emporgerückte, seinen Ober jetzt mit vollkommener Sicherheit kopierende frühere Piktolo das Tablett mit den Wassergläsern auf die Marmorplatte auflaufen. Das Knopfgewerthaus stand wichtig und still gegenüber in der Abendruhe.

Ein starker Tourenwagen hielt vor dem Café. Ein blonder Herr trat ein. Adolf verbeugte sich steif und tief und flüsterte: „Schlagfertig! Ein Klubmitglied! Sohn des Maschinenfabrikanten Heller ... Die haben ihrem Werke kürzlich noch eine Abteilung angegliedert, in der ausschließlich Eisenbahnwagen fabriziert werden. Staatsaufträge, mußt du wissen! Auch die scheinen die nötigen Verbindungen zu haben. Enorm reiche Leute!“

Jürgen wurde die Seele schwer bei dem Gedanken, daß seit jenem ersten Kaffeehausbesuch schon soviel Zeit vergangen war und er noch immer unklar und ziellos dahinlebe. Abwesend sah er in das glänzende Gesicht, von der Krawattenperle bis zum seidenen Tüchlein, das glatt und grün aus der Brusttasche wuchs.

„Bestern übrigens — ich unterhalte mich nicht ungern mit dem jungen Heller — erzählte er mir im Klub, er habe den Ingenieur, der das Einrichten der Weichensfabrik überwacht und geleitet hat, hula, die Verchel rausgeschmissen.“

„Fort möchte ich! Weg von Europa! Weg von dem Ganzen! ... Bielleicht wenn ich Dolmetscher werden könnte in China!“ Und plötzlich erfüllt von Jörn und Hohn: „Bist du schon weit in deiner Knopfsammlung?“

„Unfimt! Das war ja Kindererei. Hast du eine Ahnung! Es gibt rein menschlich geronnen, nichts, das mir gleichgültiger wäre als Knöpfe ... Ich sammle etwas ganz anderes.“ Er beugte sich zu Jürgens Ohr, flüsterte und lehnte sich wieder zurück. „Von jeder, die ich gehabt habe! ... Kannst dir die Sammlung einmal ansehen.“

„Weshalb hat er ihn denn hinausgeworfen?“
„Überall liegt ein Zettel bei, mit dem Vornamen der Betreffenden und dem Datum.“

„Wenn er doch das Einrichten der Fabrik leitete!“

„Ja, und gleich hinterher hat er die Arbeiter zum Streit aufgebracht. Ein Arbeiter nämlich, verrückter Weltverbesserer, weißt du, Bombenschmeißer und so ... Zeichnet, konstruiert, wählt aus, baut um, rennt und schwitzt, bis das Werk steht — soll übrigens ein brauchbarer Techniker und Organisator sein — dann hebt er die Leute auf ... So etwas gibts noch, heutzutage, trotz des enormen Aufschwungs unserer Industrie.“

„Hast du denn schon einmal darüber nachgedacht, daß trotz des Aufschwunges unserer Industrie die große Mehrheit aller Menschen zu schwer arbeiten muß und dabei kaum das Nötigste zum Leben hat, vor allem aber jeglicher Möglichkeit, ihre geistigen Anlagen auszubilden, jeftlicher Entwicklungsmöglichkeit vollständig beraubt ist? Im Gegensatz zu anderen, die essen, leben und sich bilden können — wie zum Beispiel wir —, selbst wenn sie wenig oder nichts arbeiten!“

„Deine Sorgen! Uebrigens: ich muß auch arbeiten. Und nie wir geschwigt haben, mein Alter und ich, betreffs des Armeeknopfes! Du solltest nur ein einziges Mal eine Kalkulation für solche eine Kiesenlieferung machen müssen, da würde dir das Nichtvorhandensein sämtlicher und noch einiger Dutzend mehr Entwicklungsmöglichkeiten anderer Leute schnuppe sein.“

Wer weiß überhaupt, dachte Jürgen, weshalb der eine denkt und der andere niemals zu selbständigem Denken, nie zu einer eigenen Meinung kommt und deshalb auch nie zu einem Proteste gegen das Bestehende? Ist da die verschiedene Konstitution entscheidend? Oder das Leben, wie es ist, die Ordnung, die Lebensordnung? Oder alles zusammen? ... Das ist ein tiefes Problem. Das sind Fragen, schwer zu beantworten. ... Und wer jetzt dazu noch überlegt, daß ganz offenbar diejenigen, die nicht selbständig denken, die Ungeheuer, diese Ordnung bestimmen, dem Leben das Gesicht geben, der muß zugeben: Alles, das Ganze, ist verkehrt. Das Ganze!

„Jeder Armeeknopf muß rmal durch die Maschine laufen. Dazu die Berechnung des Rohmaterials, der Kapitalverzinsung, der Arbeitslöhne. Wenn du zu hoch kalkuliert, bekommst du den Auftrag nicht; und wenn du dich bei solch einem Kiesenauftrag verrechnest, bist du pleite.“

Den kleinen Finger weggelassen, zog er das grüne Tüchlein aus der Brusttasche und wuschte sich die trockene Stirn. „Was sagtest du vorhin? Dolmetscher in China? Kannst du denn chinesisch? Es gibt meines Wissens und gewissermaßen nicht ein Duzend Leute in Deutschland, die chinesisch können.“

„Gerade deshalb glaube ich ja, daß ich leicht einen Dolmetscherposten in China bekommen könnte.“ sagte Jürgen, der bis vor zehn Minuten niemals daran gedacht hatte, Dolmetscher in China werden zu wollen.

„Ich kann ja schon so ziemlich chinesisch.“ begann er auf der Straße von neuem. „Ich lerne nämlich seit Jahren in einer alten Grammatik, die ich unter den Büchern meines Vaters gefunden habe ... Zum Beispiel als Dolmetscher bei der deutschen Gesandtschaft in China! ... Nur weg von Europa!“

„Solltest du nicht Amtsratler werden? ... Schön, werde du Dolmetscher! Nichts als Romantiker, mein Lieber, laure Romantiker! ... Na, mein Ziel kennst du ja. In einigen Monaten ist das neue Knopfgewerthaus unserer Knopfabrik angegliedert. Runde Sache! Konzentration, mein Junge! Aber davon verstehst du ja nichts ... Im übrigen — liebe ich, amüsiere mich und, um es glatt herauszusagen, vergrößere meine Sammlung weiblicher Geschlechtshaare. Später ... natürlich heiraten!“ Er war mit der Bankiersstochter Elisabeth Wagner, einer früheren Mitschülerin Katharinas, verlobt.

Der schwere Wagen hielt. Der Fabrikantensohn stieg aus und stieg die kauerdefelente Treppe hinauf. Auch Jürgen und Adolf waren vor dem Klubhause angekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Rolle Isolierband.

Von unserer Sparjustiz und ihrem Gegenstück.

Wie ein Hohn auf die „Sparverordnungen“ stellt sich so gendler „Kriminalfall“. Am 21. November 1922 findet ein Torbeamter der UGB bei einem Arbeiter eine „angebrauchte“ Rolle Isolierband. Natürlich ist der Arbeiter ein Spitzhube. Er wird nicht nur entlassen, sondern auch noch der Staatsanwaltschaft übergeben. Nach mehr als 10 Monaten wird der Arbeiter vor Gericht gestellt — und freigesprochen. Zwar hat der Mann seine Arbeit verloren, und das ist heute eine Tragödie, doch bleibt er vor dem Gefängnis bewahrt — denkt der Leser. Dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht I blieb es jedoch vorbehalten, aus der Tragödie eine Farce zu machen: Das Urteil wird uneingeschränkt angefochten. Fast 1 1/2 Jahre nach der „Strafzeit“ findet am 19. Februar der zweite Termin statt. Fast 18 Monate lang werden zweimal 6 Personen in Bewegung gehalten, um einen Arbeiter zu überführen, daß er „eine fremde bewegliche Sache“ — nebenbei im Werte von 15 bis 20 Mk. — in der Absicht rechtswidriger Zuweisung weggenommen“ hat. Die Generalstaatsanwaltschaft verlangt einen zweiten Termin, nachdem im ersten zugeeignet festgestellt worden ist, daß der Angeklagte sich eine Rolle Isolierband gekauft hat. Über über Länge und Breite der Rolle konnte der Verkäufer zehn Monate später keine genaue Auskunft mehr geben. Der Angeklagte hat gegen die Wegnahme seines Eigentums nicht sofort protestiert. „Aber“, laut das freisprechende Urteil, „es ist zu berücksichtigen, daß der Angeklagte an den Herren leidet.“ Es ist eine „leere Ausrede“, heißt es in der Einleitung, daß der Angeklagte sich das Band zum Verbinden eines Geschwürs kaufte, denn es befindet sich auf dem Fabrikgrundstück eine Unfallstation. Daß diese Station nur erste Hilfe leisten kann, weiß der Herr Staatsanwalt augenscheinlich nicht. Und wenn er es wüßte, daß im Betrieb der UGB hundert Arbeiter mit Isolierband in der Tasche herumlaufen, weiß sie es häufig bei der Arbeit brauchen, er würde doch „ansprechen“.

Herr Eminger bant ab. Hoffentlich weiß er, daß die Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht I reichlich Bäume hat. Sonst sei es ihm an der Hand dieses „Kriminalfalles“ bewiesen.

Die Rotgestempelten.

Ergebnisse einer Bauernfrau.

Mit den rotgestempelten Tausendmarktscheinen wird in der Provinz immer noch Schwindeln getrieben. Ramentlich auf dem Lande geht noch immer die Sage, daß diese Scheine einen hohen Wert haben. Schwindler behaupten jetzt sogar, sie ständen so fest wie die Rentenmark und reden sie den Leuten weit über den Wert auf.

So hatte ein Bauer 52 Stück zusammengespart und dachte damit ein gutes Geschäft zu machen. Zu diesem Zweck kam er mit seiner Frau, die hier Bescheid weiß, nach Berlin. Während er selbst bei Verwandten am Oranienburger Tor blieb, ging die Frau nach der Grenadierstraße, um einen Käufer zu suchen. Sie fand auch bald einen jungen Galizier, der ihr für jeden Tausendmarktschein 80 Rentenmark versprach. Das Geschäft sollte, wie üblich, auf einem Hausflur abgeschlossen werden. Der Galizier nahm die Scheine in Empfang, ging die Treppe hinauf, um die Rentenmark zu holen und verschwand durch einen zweiten Ausgang. Nach langem Warten suchte ihn endlich die Frau, fand nun auch den zweiten Ausgang, aber nicht mehr den Galizier. Jetzt holte sie ihren Mann und beide machten sich auf die Suche. An der Gips- und Münzstraße hatten sie auch das Glück, den Schwindler zu fassen. Die Frau rief: „Mein rotes Geld! Da ist er ja!“ Neugierig liefen die Menschen um sie zusammen, um zu erfahren, was das für rotes Geld sei und was es damit auf sich habe. Als sie Auskunft erhalten hatten, wollten sich alle auf die Jagd machen, aber der Gauner war spurlos verschwunden. Uebrigens ist das jetzt ein beliebter Trick der „Kavaliere“ aus der Grenadierstraße, weil mit dem Devisenhandel nichts mehr zu machen ist. Sie scheuen dabei auch vor Gewalt nicht zurück. Einen einträglichen Schwindeln betreiben sie jetzt auch mit den 500-Markstücken aus Aluminium, die einmal ausgegeben wurden. Diese Stücke schwächen sie jetzt den Leuten als neue Rentenmarkstücke auf, und finden auch wirklich, wie die Kriminalpolizei durch viele Anzeigen erfährt, ihre Abnehmer. Nachrichten, die geeignet sind, das Treiben im Scheinrentenmarkt einzudämmen und besonders die Käufer unschädlich zu machen, nimmt Kriminalkommissar Wächter im Zimmer 372 A des Polizeipräsidiums entgegen.

Nun, mein Schätzchen, wo hast Du denn Dein Geld?

Ein ungewöhnlich dreister Raub wurde in der vorvergangenen Nacht in der Bullenweberstr. 11 verübt. Dort wurde um 3 1/2 Uhr die Schwägerin eines Polizeibereitschafters, die bei diesem wohnt, durch ein helles Licht aus dem Schlafe geweckt. Vor sich sah sie einen Mann stehen, der ihr eine Blendlaterne ins Gesicht hielt und die Mündung einer Pistole auf sie gerichtet hatte. Freundlich redete er sie an: „Nun, mein Schätzchen, wo hast Du denn Dein

Geld?“ Sprachlos vor Schreck zeigte die junge Dame nach dem Spind, in dem sie ihre Geldtasche liegen hatte. Der Räuber nahm die Tasche, blendete seine Laterne ab und schloß die Tür hinter sich. Als er hinausging, sah die Beraubte, daß hinter der Tür noch ein zweiter Mann stand. Sie schlug jetzt Alarm und rief zu den Benachteiligten hinaus um Hilfe. Man sah die beiden Räuber auch noch davonlaufen. Die Verfolgung blieb jedoch erfolglos.

Der Preis für Vollmilch ist bei Abgabe der Milch vom Kleinhändler an den Verbraucher 32 Goldpfennige, bei Abgabe der Milch aus Kuhställen an den Verbraucher 35 Goldpfennige. Die Preise für Magermilch sind bei Abgabe der Milch an Kleinhändler 13,20 Goldpfennige, bei Abgabe der Milch an den Verbraucher 15 Goldpfennige. Diese Preise gelten vom 9. Februar ab, mit dem gleichen Tage treten die bisherigen Preisfestsetzungen außer Kraft. Die A-Milchsorten werden mit 1/4, die B-Milchsorten sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit 1/2 Liter Vollmilch beliefert. Infolge der keineswegs gerechtfertigten unter dem Widerspruch der Kleinhandelsvertreter zustande gekommenen Heraussetzung der Berliner Butternotierung auf 170 M. für ein Pfund Butter hat sich das Milchamt genötigt gesehen, auch den Milchpreis zu erhöhen.

Wieder ein Kriminalbeamter angefallen. In der vergangenen Nacht wurde in Zehlendorf ein Kriminalbeamter von Einbrechern anerschossen. Dort wurden der Wache kurz hintereinander mehrere Einbrüche gemeldet, und zwei Kriminalbeamte machten sich sofort auf den Weg. Während der eine etwas vorausliegend, blieb der zweite einen Augenblick an einem Latern stehen, um nach Fußspuren zu sehen. Plötzlich erhielt der erste aus einem Gebüsch heraus Feuer und wurde gleich in den rechten Unterarm getroffen, so daß er nicht mehr imstande war, auch nur 3/4 Waffe zu greifen. Als die Verbrecher seinen Kameraden herbeiliefen, ergriffen sie die Flucht und entkamen. — In Nikolassee wurden morgens früh um 5 Uhr drei Einbrecher auf feister Tat ertappt und festgenommen.

Wegen eines größeren und gefährlichen Dachstuhlbrandes wurde die Charlottenburger Feuerwehr am Freitagmorgen von mehreren Seiten nach dem Kurfürstendamm 51 alarmiert. Als die Löscharbeiten mit einigen 30 Fahrzeugen an der Brandstelle ankamen, fand der Dachstuhl des großen Gebäudes Schuttberge 47 schon in solcher Ausdehnung in Flammen, daß unermesslich mit mehreren Schlauchleitungen von Motorspritzen vorgegangen werden mußte. Wegen der enormen Hitze und ausgedehnten Bergamung verzögerte sich die Löscharbeiten. Trotzdem gelang es, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. — Die Entstehung wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Ungarische Sozialdemokraten. Sonntag, 10. Februar, vorm. 10 Uhr im Lokal Kresse, Oberstr. 10. Zusammenkunft, Vortrag des Genossen Busch über die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Schwimmplatz und Baden im Winter. Das Wasser? Sami Krichschain hat zur Förderung des Schwimmsports einen interessanten Film beschaffen. Die Aufnahmen sind von der Deutscher Film K.G. im Stadtbad Friedrichshagen gemacht worden und zeigen neben allen Schwimmanlagen in Berlin, Regensbäumen und Dampfbädern. Daneben werden die Einrichtungen des Stadtbades, Rührtransparenzen vorgeführt. Der Film wird am kommenden Sonntag, 12. Uhr in der „Alhambra“, Reppenstr. 29, zusammen mit einem anderen guten Film und musikalischen Darbietungen zu den üblichen Preisen vorgeführt.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Durch die ungenügende Sicherung der Saalräume im Gemeinshaus, steht der Klub sich genötigt, sein Schachheim vorläufig nach den Armirenbädern, Bremer Str. 72/73, zu verlegen. In Bankow, Kaiser-Friedrich-Str. 67, hat sich im Lokal von Franz eine neue Schachabteilung, Bankow 1924, gebildet. Selbstverständlich jeden Donnerstag von 7-10. — Am Sonntag, den 10. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, findet im Restaurant „Müllers“, Berliner Str. 87, Ecke Prinz-Heinrich-Str. ein Beisitz der Abteilung Bankow gegen die Abteilung „Nordsee IV“ des Berliner Arbeiter-Schachklubs statt. Gäste haben Zutritt.

Genosse Pfarrer Dieter hält seine nächste Predigt am Sonntag, den 10. Februar, abends 6 Uhr, in der Trinitatis-Kirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz 25. Das Thema lautet: „Ist es nicht, Kämpfer zu sein?“ — „Heraus aus dem Chaos“, über dieses Thema spricht Genosse Pfarrer am Montag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, in Steglitz, Oberrealschule, Eisenstraße.

Lawinenunglück in Oberösterreich.

Wie aus Steyr gemeldet wird, ging beim Bahnhof Diekau eine 300 Meter lange und 80 Meter tiefe Lawine nieder, die einen Personenzug und ein Fuhrwerk mit vier Personen verheerete. Auch das Pelt der Wagg wurde verheert, deren Gewässer sich infolgedessen bereits bis zum Wagnis angefüllt haben. Zur Rettung der Verheerten und um den Wagnisverkehr frei zu bekommen, erbat die Bahnsition aus Ding militärischen Beistand.

Ein Unfall des Prinzen von Wales. Der Prinz von Wales ist einer Londoner Weidung zufolge beim Trainieren über hürden vom Pferde gestürzt und hat sich das Schlüsselbein gebrochen. Da bisher keine Komplikationen eingetreten sind, ist sein Befinden zufriedenstellend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Friedrichshagen. Die Mitteilungen müssen sofort die Karten für die Feststunden am 17. Februar beim Genossen Günther, Bruchstr. 33-34, abholen.
2. Kreis Kreuzberg. Sonntag, den 10. Februar, vormittags 11 Uhr, Kreisbauernversammlung im großen Saal des Restaurants „Zum alten Kaffee“, Schellstr. 11 (Wohnung des Kaffeehändlers). Thema: „Die landwirtschaftlichen Organisationen und die Partei“.
3. Kreis Köpenick. Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, für Funktionäre (Führung durch den Schlingenschein). Treffpunkt vor dem Heim.
4. Kreis Steglitz. Mittwoch, den 11. Februar, 7 1/2 Uhr, Kreisbauernversammlung im Riederleide, Zehlendorfer Str. 5, bei Herrn L. 7. Kreis Charlottenburg. Dienstag, den 12. Februar, pünktlich 7 1/2 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung, Zimmer 1.

Heute, Sonnabend, den 9. Februar:

6. Vgl. Bezirksleiter sofort Agitationsmaterial und Abteilungsleiter abholen.
7. Vgl. 7 1/2 Uhr Mittelschülerversammlung im Lokal „Rohlf“, Kaffeehaus, Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Stadtwahl. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
8. Vgl. 112. Rehnstr. Wilhelmshagen, Besenmakel. Pünktlich 8 Uhr Abend in Rehnstr. im Lokal Kramer.

Morgen, Sonntag, den 10. Februar:

4. Vgl. 9 1/2 Uhr Funktionäre bei Dehnbach, Spinneländer Str. 11.
 10. Vgl. Vormittags 9 1/2 Uhr Funktionäre bei Zimmer, Mensurstr. 2, Straße 2.
 13. Vgl. Vormittags 10 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvereins bei Oble, Straßburger Str. 11.
 14. Vgl. Vormittags 10 Uhr Sitzung der Funktionäre mit allen Kreisvertretern im „Kaffeehaus“, Schellstr. 7.
 15. Vgl. Vormittags 9 Uhr Treffpunkt zur „Verwärts“-Agitation bei Kaffee, Franzosen Str. 22. Alle Genossen müssen erscheinen.
 16. Vgl. Vormittags 9 1/2 Uhr wichtige Funktionäre bei Kaffee, Cornen-Straße 123.
 17. Vgl. Vormittags 9 1/2 Uhr Funktionäre bei Kaffee, Petersburger Straße 5. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- Sonntagssitzung. Die Gruppen Zehlendorf, Osthorn, Tempelhof, Baumgartenweg, Köpenick, Rixdorf und Charlottenburg veranstalten einen gemeinsamen Abend im Jugendheim Charlottenburg, Köpenicker Str. 4, abends 6 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Abend, Mitglieder! Am Theaterhochhaus am Sonntag, den 10. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Reuen Theater am Zoo, Jubiläum, zur Aufführung „Die Hölle auf Erden“ von Heilmann sind im Innenhof vor dem Theater, Lindenstraße 3, Eintritt zum Preis von 25 Pf. pro Sitz zu haben.

Heute, Sonnabend, den 9. Februar:

1. Vgl. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 3. Vorstandssitzung. Thema: Die Reichstagswahlen und die arbeitende Jugend. Referent: Genosse Anton Rogeringer. Gebührend zu beachten. Ohne Kravis und Mittelschüler kein Zutritt.
2. Vgl. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 3. Vorstandssitzung. Thema: Die Reichstagswahlen und die arbeitende Jugend. Referent: Genosse Anton Rogeringer. Gebührend zu beachten. Ohne Kravis und Mittelschüler kein Zutritt.
3. Vgl. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 3. Vorstandssitzung. Thema: Die Reichstagswahlen und die arbeitende Jugend. Referent: Genosse Anton Rogeringer. Gebührend zu beachten. Ohne Kravis und Mittelschüler kein Zutritt.

Abteilung St. 1: 1/2 Uhr in der Aula des Deutschen Reichsbahnhofs. Jugendchor, Regitationen, Musikstücke, Solistengesänge und Jugendspiel.

Morgen, Sonntag, den 10. Februar:

1. Vgl. 1 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 3. Vorstandssitzung. Thema: Die Reichstagswahlen und die arbeitende Jugend. Referent: Genosse Anton Rogeringer. Gebührend zu beachten. Ohne Kravis und Mittelschüler kein Zutritt.
2. Vgl. 1 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 3. Vorstandssitzung. Thema: Die Reichstagswahlen und die arbeitende Jugend. Referent: Genosse Anton Rogeringer. Gebührend zu beachten. Ohne Kravis und Mittelschüler kein Zutritt.
3. Vgl. 2 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 3. Vorstandssitzung. Thema: Die Reichstagswahlen und die arbeitende Jugend. Referent: Genosse Anton Rogeringer. Gebührend zu beachten. Ohne Kravis und Mittelschüler kein Zutritt.

Verheerter Schaden: Abends 6 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 10 Vortrag: „Wanderfahrten durch Bayern“ mit Bildern. Abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 10 Vortrag: „Wanderfahrten durch Bayern“ mit Bildern. Abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 10 Vortrag: „Wanderfahrten durch Bayern“ mit Bildern. Abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 10 Vortrag: „Wanderfahrten durch Bayern“ mit Bildern.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

1. Vgl. 7 Uhr, Versammlung und Wilhelm-Busch-Abend bei Thunard, Weidenstr. 4.
2. Vgl. 7 1/2 Uhr, Versammlung und Wilhelm-Busch-Abend bei Thunard, Weidenstr. 4.
3. Vgl. 7 1/2 Uhr, Versammlung und Wilhelm-Busch-Abend bei Thunard, Weidenstr. 4.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Zentralhaus mehrerer Herrenkleidung, Berlin C., Neue Friedrichstraße 15, 1. Etage, durch ihre reiche Erfahrung unter vollständigsten Arbeitsbedingungen auf bekannt, bringt sich hiermit in empfehlende Erinnerung. Große Auswahl in der heutigen Nummer.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden sind Genügend Dr. Werschler's Brust-Tee (sowie das zugehörige Expectoran) nach Original-Vorschrift seit Jahren durch empfohlen und bestens bewährt. In Original-Flaschen erhältlich. Elefant-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74 (Dönhofspl.)

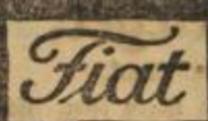
WELTBEKANNTE



NEUE

BATSCHARI

QUALITÄTSMARKEN



White Star

Eden

Weiße Woche!

Seltene Kaufgelegenheit.

Während dieser Woche bringen wir weiße Waren aller Art zu hervorragend billigen Preisen

Carl Boehme Nchfl.

Berlin-Wilmersdorf, Berliner Str. 130
Berlin-Moabit, Turmstr. 31 (Ecke Wilhelmshavener Straße)

Wirtschaft

Deutsche Erdölgeschäfte.

In der Freitag-Roggennummer hat der „Vorwärts“ ausführlich den Konzern der „DEU“ dargestellt. Dabei wurde auch darauf verwiesen, daß die Aktien dieses Riesenkonzerns so zu Buche stehen, daß nach den eigenen Angaben der Verwaltung „nach kaufmännischem Ermessen jede Lieberlassung durch ein plötzliches Umschlagen der Konjunktur ausgeschlossen“ sei. Es lohnt sich, in die Einzelheiten der Bilanz der Deutschen Erdöl A.-G. etwas weiter hineinzugehen, denn tatsächlich sind die Gewinne dieses Unternehmens so außerordentlich groß, daß die Gesellschaft Nähe hat, sie bilanzmäßig unterzubringen.

In der jüngsten Bilanz ist der größte Teil der Aktien trotz des großen Umfangs der im Jahre 1922 errichteten Neuanlagen geringer bewertet als im vorangegangenen Jahre. Wenn man die beiden jüngsten Bilanzen unter Zugrundelegung des jeweiligen Dollarkurses untereinander und miteinander vergleicht, dann ergeben sich geradezu groteske Resultate. Vergleichsweise sind bei der Deutschen Erdöl-A.-G. die Abschreibungen für 1922 geringer — alles in Papiermark — als 1921. Selbsten Grund hat dies darin, daß einfach nichts mehr zum Abschreiben vorhanden war.

Die Gewinne hat man auch bei der „DEU“, wie das in Deutschland üblich geworden ist, nicht durch hohe Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet. Das hätte zu auferlegend gewirkt. Man ist deswegen dazu übergegangen, verschiedentlich das Aktienkapital zu vergrößern und dabei die neu ausgegebenen Aktien zu lächerlich niedrigen Kursen an die alten Aktionäre abzugeben. Dabei hat natürlich die Distonto-Gesellschaft, das Bankunternehmen der „DEU“, die besten Geschäfte gemacht.

Bei der Schaffung der Interessengemeinschaft mit der Gewerkschaft „Graf Bismarck“ wurden Anteile ausgetauscht. Es ist dabei nur bekannt geworden, daß an die Gewerkschaft „Graf Bismarck“ für 90 Millionen Mark Kennwert junge Aktien gegeben wurden. Diese Aktien entsprachen — ihr damaliger Kurswert in Gold umgerechnet — einem Betrag von 28,5 Millionen Goldmark. Sogleich mußte also die Gesellschaft aufwenden, um die zum Umtausch nötigen Aktien von den Aktionären (im besonderen wohl von der Distonto-Gesellschaft) zu erwerben, um sie dann an die Gewerkschaft „Graf Bismarck“ geben zu können. Wahrscheinlich handelt es sich dabei weniger um einen Erwerb als mehr um Buchungsvorgänge. Über diese Aktien, welche die „DEU“ mit 28,5 Millionen Goldmark belasteten, waren erst im Frühjahr zum Kennwert an die alten Aktionäre überlassen worden. Das war zur Zeit der Ausgabe der Aktien im März 1922 etwa 18 000 Goldmark! In diesem Beispiel ist sehr deutlich zu sehen, daß die „Kapitalerhöhung“ vom März v. J. nicht dem Unternehmen, sondern den Großaktionären, der die Gesellschaft beherrschenden Gruppe, zugestanden ist. Zum Erwerb der Rüge der Gewerkschaft „Graf Bismarck“ wurden praktisch die stillen Reserven der Gesellschaft genommen.

Auch bei der Kapitalerhöhung vom Juni 1923 hat die Bankengruppe 100 Millionen Mark Aktien zum Kennwert erworben. Sie bezahlte also für eine Aktie 1000 Papiermark; das waren bei dem damaligen Dollarkurs von 350 000 ganze 1,5 Goldpfennige. Heute wird eine Deutsche Erdölaktie mit über 800 Goldmark bewertet! Besonders beachtlich ist dabei, daß sowohl bei den dann später durch Umtausch gegen Rüge der „Graf Bismarck“ vertriebenen Aktien, wie bei den im Juni 1923 ausgegebenen Aktien erst nur 25 Proz. eingezahlt werden mußten und die Vollzahlung verschiedene Monate später erfolgte. So haben die Aktionäre in Wirklichkeit noch viel weniger bezahlt, als wir ihnen in Rechnung gesetzt haben.

Aus diesen wenigen Tatsachen kann man sich leicht ein Bild machen, was für Gewinne und welche Riesenvermögen die Deutsche Erdöl-A.-G. vereinigt, und was die Distonto-Gesellschaft davon in ihre Kasse zu leisten versteht.

Die „DEU“ baut ihre Delgewinnung immer weiter in der großzügigsten Weise aus. So ist sie jetzt von der alten Methode, Delgesamten durch Bohrbohrer auszubringen, abgegangen, sie ist zum Schachtbau gekommen. Damit entwickelt sich selbstverständlich ein ganz anderes Tempo der Delgewinnung.

Nervöse Devisen.

Selt gestern hat die Reichsbank die an sie herantretenden Wünsche nach Devisen wieder stark gekürzt, oder repartiert, wie es in der Börsensprache heißt. Die Anforderungen sind inzwischen noch höher geworden. Die einen behaupten, es handle sich um wirklichen vermehrten Bedarf. Das hat manche Wahrscheinlichkeit für sich, zumal neuerdings viele Devisen für die rasch zunehmende Einfuhr von Luxusartikeln, die bei dem niedrigen Stand der meisten Auslandsvaluten „billig“ sind, gebraucht werden. Andererseits handelt es sich auch darum, daß die sogenannten Konvertierungen wieder zunehmen scheinen. Man will billig viel Auslandsvaluten erwerben, weiß aber, daß von der Reichsbank nur ein Teil der angeforderten Mengen abgegeben wird, also fordert man den fünf- und zehnfachen Betrag der wirklich benötigten Menge an. So besteht die Wahrscheinlichkeit, daß auch bei starker Repartierung noch die Devisenmenge herankommt, die fürs Geschäft benötigt wird.

Gestern wurde auf die meisten Devisen nur 3 Proz. der angeforderten Mengen abgegeben und zugeteilt. Daraus haben die Devisenbesitzer, englische Pfunde usw. im Kurs etwas angezogen.

Der Hauptgrund des zunehmenden Devisenbedarfs liegt zweifelsohne darin, daß viele Rentenmarktgewinne in Valuta nach dem Ausland gehen möchten, um dort in Ware (vielleicht auch in wertbeständigen Beteiligungen) umgewandelt zu werden, die, heringeführt, ja viel billiger ist als deutsche Produkte. Daneben arbeitet selbstverständlich die Spekulation, die für jede ihrer Maßnahmen Stimmungsgründe findet und erfindet.

Wir haben das Zutreten zur Leitung der Reichsbank, daß sie auf dieser Seite Stürme auf dem Devisenmarkt geistig und materiell vorbereitet ist. Das sollte aber nicht hindern, den Gründen der vermehrten Nachfrage nach Devisen recht ernsthaft nachzugehen.

Krise der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

Alle diejenigen Wirtschaftskreise Deutschlands, die seit Jahr und Tag ihre Blicke erwartungsvoll nach Osten richten und sich bemühen, der deutschen Industrie in Rußland alte Absatzgebiete zurückzugewinnen und neue zu erschließen, machen seit einiger Zeit die betrübende Beobachtung, daß das Interesse der Russen für die Hebung des wirtschaftlichen Verkehrs mit Deutschland stark nachgelassen hat. Die Kündigung des seinerzeit von der Otto Wolff-Gruppe abgeschlossenen ersten Konzeptionsvertrages mit Rußland ist mehr als ein Einzelfall. Dieser Vorgang gibt uns mehr zu denken, als Otto Wolff vor nicht ganz einem Jahre in einem aufsehenerregenden Artikel in der „Rheinischen Zeitung“ über seine Erfahrungen im russischen Geschäft außerordentlich günstiges berichtete und die deutsche Industrie zur Nachbesserung ermunterte.

Wenn man den tieferen Ursachen des Konflikts der Wolff-Gruppe mit der Sowjetregierung und den sonst verschiedentlich hervorgetretenen Vermittlungen im deutsch-russischen Geschäft genauer nachgeht, so kommt man zu einem charakteristischen Ergebnis. Die deutsche Wirtschaft hat in ihrem ganz begreiflichen Drange nach Betätigung am Weltmarkt mit größter Eile die einzige Hand, die sich ihr entgegenstreckte, ergriffen, und sich trotz politischer und sonstiger Bedenken mit einer gewissen Begeisterung in das russische Geschäft gestürzt. Man hat dabei nicht immer bedacht, daß diese oder jene Voraussetzung für ein ersprießliches Zusammenarbeiten noch fehlte, insbesondere hat man der wichtigen Frage, nämlich der Finanzierung der Geschäfte, nicht die erforderliche Sorgfalt angedeihen lassen. Das mußte sich bitter rächen. Sowjetrußland befindet sich in einer schweren Finanzkrise und kann mit dem Auslande nur dann auf lange Sicht zusammenarbeiten, wenn dieses gewillt ist, in der Lage ist, große Kapitalien in das russische Geschäft zu stecken. Die Auswirkung dieser nicht genügend beachteten Tatsache verschlimmerte sich im Laufe des Jahres 1923 von Woche zu Woche in dem Maße, wie die deutsche Währung in Nichts zerfiel. Damit wurde den deutschen Firmen die Basis ihrer Auslandsgeschäfte erheblich geschwächt. Rußland war nicht in der Lage, helfend einzugreifen, da nicht einmal seine eigenen Staatswirt-

schaftlichen Betriebe infolge Kapitalmangels das vorgesehene Produktionsprogramm ausführen können. Die russischen sogenannten Staats trusts sind zurzeit untereinander stark verschuldet. Man hat eine wirtschaftliche Anzucht getrieben, die sich jetzt bitter rächt. Hilfe kann nur eine starke Zufuhr von Auslandskapital bringen. Von deutscher Seite kann diese schwerlich erfolgen.

In dieser gefährlichen Situation bietet die Anerkennung Rußlands durch die neue englische Regierung plötzlich Anlaß zu neuen russischen Hoffnungen. Man hat infolge dessen in Moskau das Interesse am deutschen Geschäft vorläufig verloren und steuert auf das englische Kapital zu.

Es ist zu unterstreichen, daß auch der deutsch-russische Getreidelieferungsvertrag durch den Verfall der Papiermark sehr stark an Bedeutung verloren hat. Die Russen drängten besonders in den Monaten Oktober und November immer wieder auf die Erfüllung des Vertrages durch die deutsche Regierung und die deutsche Wirtschaft, da die Sowjetregierung den Bauern das abgelieferte Getreide zwar in voller Höhe bar bezahlen mußte, auf der anderen Seite aber die deutsche Industrie mit ihren Gegenleistungen infolge der Währungskatastrophe in Verzug geriet. Diese Verhältnisse, die man ruhig als das Wirken höherer Gewalt bezeichnen kann, da menschliche Kräfte nicht ausreichen, um die tieferen Ursachen der Verzögerung zu beseitigen, haben wesentlich dazu beigetragen, eine Abkühlung der bisher sehr freundschaftlichen deutsch-russischen Handelsbeziehungen herbeizuführen. Es kommt hinzu, daß in der Praxis das Zusammenarbeiten von Vertretern zweier grundverschiedener Wirtschaftssysteme doch sehr große Schwierigkeiten bietet. Diese werden auch bei den englisch-russischen Beziehungen wieder hervorgerufen. Die Sowjetregierung wird, wenn sie auf ausländische Hilfe in größerem Maße rechnet, nicht umhin können, hieraus gewisse Lehren zu ziehen. Sie kann nicht von der gesamten Welt verlangen, daß diese sich in allen Dingen den Prinzipien der bolschewistischen Wirtschaft anpaßt. So kommt zwangsläufig der „Abbau“ auch der Rep.-Politik bis auf westeuropäische, kapitalistische Grundformen immer näher. Erst dann wird Rußland in reichem Maße Kapital zuleiten.

Industrie- und Handelsrat gegen die Steuererhöhung.

In einer bis ins einzelne begründeten Eingabe des „Deutschen Industrie- und Handelsrates“ an die Reichsregierung heißt es unter anderem:

„Darüber, daß die Verordnung aus dem Rahmen des Ermächtigungsgesetzes herausfällt und deshalb staatsrechtlich höchst anfechtbar ist, gmal der § 36 dem Reichsfinanzminister — in entschiedenem Widerspruch mit dem Ermächtigungsgesetz — zum Erlaß weiterer „Rechtsvorschriften“ die Befugnis erteilt, wollen wir uns nicht verbreiten; wir wollen nur unsern Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Frage der Kompetenz überhaupt aufgeworfen werden muß und darüber hinaus ein auch sonst recht mißlicher Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichsgericht ohne Not geschaffen worden ist. Schon die Erörterung, ob ein gesetzgeberischer Akt gegen Treu und Glauben und gegen die Verfassung verstößt, weil er ungeschickte Entschlüsse vorlegt oder weil er Gläubiger derselben Kategorie verschieden behandelt, muß zu einer Erschütterung des allgemeinen Rechtsbewußtseins führen.“

Wir können der nunmehrigen Vorlage aber auch den Vorwurf der völligen Systemlosigkeit nicht ersparen. Es sind Dinge in Zusammenhang gebracht worden, die nicht die geringste Wesensverwandtschaft miteinander haben. Privates und öffentliches Recht sind miteinander verknüpft, steuerliche Vorbereitungsmaßnahmen mit steuerlichen Bestimmungen verbunden worden, man hat das Bankgeheimnis beseitigt, materiell rechtliche und prozedurale Bestimmungen getroffen, allgemeine staatsrechtliche Fragen behandelt und frühere Gesetze abgeändert.“

BORG ZIGARETTEN
FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Tippstoff *sockl Ammon*
Zinkur!
Probeschachtel 5 Pfg.

Neue Welt
Inhaber: A. Scholz Hasenheide 108-114
Täglich
BOCKBIER-FEST
in den bayerischen Alpen
8 Kapellen • Bayerische Mad'l • Rutschbahn
Einl. Wochent. 6 Uhr Ant. Wochent. 4 Uhr
Sonntags 3 „ Sonntags 7 „
Veranstalt. Dienstag, 12. Febr.: Prämierung des elegantesten Damen-Gesellschaftsschuhes. Außerdem: Gr. Spatenklobstraten auf dem Riesen • Lucullus • Brutapparat.

Juweller Hermann Wiese Trauringe
in Preiswürdigkeit und Qualität unerreichbar
Artilleriestr. 30, Passauer Str. 12, empfindlich
sich allen Brautleuten
Trauringe
1 Ring 500 gest. v. 9.00 M. an
1 Ring 333 gest. v. 7.90 M. „
Einfache Ringe v. 1.50 M. „

BLUTARMEN-KRANKEN ärztlich empfohlen
Santa Lucia
Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessgeschäften.
Herren-Garderoben
Centralhaus moderner Herrenkleidung
Neue Friedrichstraße 35 1
in den der Central-Maritalkasse
Hilft an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß mit Garantie
für beliebigen 4/5 gest. wöchentliche
Teilzahl unv. 20 M. an.
Große Auswahl neuer Stoffe.
Büschel, u. Wertitäten im Laufe.

Theater, Lichtspiele usw.
Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: Carmen
Opernhaus am Königplatz
7 Uhr: Piedermaus
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Candida
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Lumpen-
vagabunden
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Du sollst nicht töten
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Nebbich
Theater L. d. Königsplatz
7 Uhr: Sommer-
nachtstraum
Komödienhaus
8 Uhr: Die Dame
mit dem
Schiedsgrund
Berliner Theater
7.30 Uhr: DOLLY
Residenz-Theat.
Tägl. 8 Uhr:
Androklos u.
der Löwe
von Bernh. Shaw
Trianon-Theater
Tägl. 7 Uhr
Die nackte Tänzerin
Lustsp. v. v. Lothar
u. U. Kleines Th.
Devisen
Komödi v. L. Schmid
Fulda, Uebung
Central-Theater
Alte Jakobstr. 3.
Tägl. 6 Uhr:
Die Novität
Der dumme August
Operette in 3 Akten
Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Rühzahl
7 1/2 Uhr: Der Kaufmann
von Venedig
SOVA
Tägl. 8 Uhr:
12 VARIETE-KUNSTKRAFTE
Sonntag 3.30 zu
halb Preisen das
volle Programm
WINTGARTEN
Variete-Spielplan
Ranchen gestattet.

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Carmen**
Neues Operetten-Th.
Diction Herb. Trau u. Max. Stabe
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Die Guido Thielscher
vertagte **Nacht**
Schauspiel v. G. Thielscher u. Ernst Bach.
Hans Kradt - Günter Kommer - Kästlein
Camilla Aptra - Tony Tetzlaff - Heterch
u. a. - Leo Pockert - Gerthold Schütz.
Apollo-Theater
7 1/2 Uhr: Dr. James Klein 7 1/2 Uhr:
Das weiße Kissen
Volk und Krone
Bismarck-Trilogie
Ueber 100 Mitwirkende!
Singspiel v. L. Schmid, H. Schmid

U. Theater 8 U.
Folies Caprice
Rund
um den
Wedding
von Leo Heller
Paul Müller
Rosi Langer u. a.

Wien-Berlin
Unterhaltungs-Variete
Täglich 8 Uhr:
Das große Programm
mit Carl Prana u. a.
Die bekannte warme
und kalte Kachel
Große Bier-Abteilung
Sonabend- u. Sonntags
nachmittags 4 Uhr
Das große Programm!
Vogelkürle Vertikung.
Eclair 90 P.

URANIA Tauben-
str. 48-49
Letzte Vorstellungen!
Kapitän Carl Herbert, Hamburg
Sonabend, 9. Februar, 6 u. 8 1/2 Uhr.
Mit dem Auswandererschiff
nach Südamerika
Sonntag, 10. Februar, 6 und 8 1/2 Uhr:
An Bord der „Cap Polonia“
nach Südamerika

Kammer-Oper
Lützowstraße 117
Lehr: Dr. Georg Brander
Mus. Leit.: Dr. Ludwig Wald
Tägl. 8 Uhr
Der Herr Doktor
Onkel Tobias
Die verwandte Katze
Casino-Th. 8 U.
Der neue Schläger
Die Mail vom Steinhof!
Freischützenth.
Tägl. 7 1/2 U.
u. Sonntag 8 U.
Stettiner
Sänger

Sonabend Montag Dienstag
3
Reste-Tage
Sämtliche Reste und Abschutte, welche sich durch die letzten Verkäufe angesammelt sowie die durch Dekorieren angestaubte Wäsche und Taschentücher kommen an diesen drei Tagen auf Extrarischen im Erdgeschoß und I. Stock
zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.
Wilhelm Joseph, Schöneberg
Hauptstraße
Ecke Gr.-Gürchen-Str.

